

Inhalt

Dok.: Einladung zur Arge

Winterschule: Autoritäre Demokratie? – Problemlage, Kritik und Gegenstrategien. Lektüre und Diskussion.

Einleitung. MARTIN FOCHLER 1

Teil I: Diskussion anhand klassischer Texte.

MARTIN FOCHLER 2

Teil II: Gegenstrategien. anhand Helmut Willke, Dezentrierte Demokratie. EVA DETSCHER 4

Vortrag „Bekenntnis und Religion in einer rechtlich geordneten Gesellschaft“. KARL-HELMUT LECHNER. 8

Matinee-Bericht. EVA DETSCHER

Teil I: Geliebter Feind – Rechtsaußenparteien und die Europäische Union. 10

Teil II: In der Kritik: Marc Jongen, „SEIN UND RAUM“, Theoriebildung bei der AfD. 13

Projektberichte:

Wegemarken. ROLF GEHRING 14

Religionsverfassung. KARL-HELMUT LECHNER

Gründung AK Internetkommunikation. 15

Protokoll zur ArGe-MV am 5.1. 16

DOKUMENTIERT* Einladung nach Erfurt zu Mitgliederversammlung, Winterschule und Matinee

Donnerstag, 5.1.2017, 18 Uhr: Mitgliederversammlung – Projektberichte .

Einleitung: *Wolfgang Freye, Rolf Gehring*: Arge-Finanzrahmen, Möglichkeiten der ideellen und materiellen Projektförderung (Beispiel „Wegemarken – Kalenderblatt“).

Vortrag: *Karl-Helmut Lechner* – zur Arbeit am Thema „Bekenntnis – Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der rechtlich geordneten Demokratie.“

LEKTÜRE VON QUELLENTEXTEN zum Thema: **Autoritäre Demokratie ? – Problemlage, Kritik und Gegenstrategien.** Donnerstag, 14 Uhr bis 17.30 Uhr und Freitag, 9 Uhr bis 12.30 und 14 Uhr bis 18 Uhr: Ob Deutschland, Österreich, USA, den erstarkenden rechtspopulistischen, nationalistisch und völkisch orientierten Bewegungen unserer Zeit ist die Missachtung von Menschenrechten und rechtsstaatlich geordneten Verfahren gemeinsam. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit will das staatliche Gewaltmonopol ergreifen. Wahlen und Abstimmungen werden als Mittel der Ermächtigung eingesetzt. Wo rechtspopulistische Strömungen exekutive Macht erringen konnten, stoßen sie an durch Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit gezogene Grenzen. Der Londoner High-Court, der die Regierung May verpflichtet hatte, den angekündigten Brexit-Antrag dem Unterhaus zur Billigung vorzulegen, wurde als volksfeindlich und undemokratisch diffamiert. Gesetze und Gerichtsurteile, die Diffamierung von Menschen und Menschengruppen zurückweisen, werden als undemokratische Behinderung der Meinungsfreiheit gebrandmarkt. Wie ist es möglich, dass eine autoritäre Bewegung sich unter der Fahne der Demokratie sammeln kann?

Die Diskussion der Staatsformen hat in Europa eine lange Geschichte, in der die verwirrende Kopplung von Demokratie–Despotie immer wieder thematisiert wird. Wir diskutieren Quellentexte (Auszüge werden im Kursmaterial zur

Verfügung gestellt) in 4 Abschnitten: Teil 1: Platon/Aristoteles wirkungsmächtige Schriften über die Staatsformen. Cicero über die Gesetze. Teil 2: Das Mittel der Gewaltenteilung bei John Locke und Montesquieu. Teil 3: Volonté générale bei J.J. Rousseau; das plebiszitäre Kaisertum Napoleon III. und die Marx'sche Kritik (18. Brumaire des Louis Bonaparte). Teil 4: John Rawls, Niklas Luhmann u.a., Demokratie als System von Verträgen, demokratische und despotische Varianten der Steuerung. Wir führen diese Diskussion, um in den schroffen und riskanten aktuellen Konflikten der Zeit die rechtlich geordnete Demokratie als Weg und Bedingung von Emanzipation zu propagieren und die Verfahren der totalitären Ermächtigung zurückzuweisen.

Samstag, 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr MATINEE:

Thilo Janssen, Autor der Studie „**Geliebter Feind – Rechtsaußenparteien und die Europäische Union**“, wird in einer öffentlichen Matinee seine Eindrücke und Einsichten zu den umkämpften Fragen im europäischen Raum zur Diskussion stellen.

In die Diskussion mit aufgenommen wird die strategische Konzeption der AfD. Genauer untersucht werden die Publikationen von Dr. Marc Jongen, Philosophiedozent an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe und AfD-Politiker. Input: *Eva Detscher*, Redaktion Politische Berichte.

IM ANSCHLUSS: (13.30 Uhr): **AK Internetkommunikation** – Kooperationsprojekt des Vereins für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation mit der Arge – zur Begründung. Kurzberichte: • Politische Bericht – Produktion – Redaktion – Autor/innen *Martin Fochler* • Wegemarken/Kalenderblatt: Das Problem der Mehrsprachigkeit *Rolf Gehring* • PB im Internet. Kurzvorstellung der aktuellen Version (siehe www.linkekritik.de) • Wege der Diskussion – und Archiv bei www.linkekritik.de, *Barbara Burckhard, Eva Detscher*

* Veröffentlicht im Dezember 2016, Politische Berichte Nr. 12/2016

Autoritäre Demokratie? – Problemlage, Kritik und Gegenstrategien – Lektüre von Quellentexten und Diskussion

Zur Einleitung. Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, für dieses ArGe-Treffen hat sich am Ende ein ziemlich volles Programm ergeben. Im letzten Sommer wurde die Beteiligung an einem anspruchsvollen Kooperationsprojekt – Wegemarken, Kalenderblätter – entschieden. Das Projekt führt Beiträge aus im politischen Spektrum und auf der Landkarte weit gestreuten Quellen zusammen und belegt, was die Emanzipationsbewegungen im politischen Raum Europas verbindet

oder doch verbinden kann.

Diese positive Erfahrung ermutigen zu dem Versuch, zu einem im politischen Diskurs der Linken offenem und streitigen Problem Fragestellungen zu erarbeiten, aus denen sich engere oder weitere Kooperation ergeben könnte. Zum Einstieg diskutieren wir heute Abend einen Vortrag zum Thema „Bekenntnis – Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der rechtlich geordneten Demokratie“.

Unsere Linke Schule bzw. die ArGe besteht nun bald ein Vierteljahrhundert, und die meiste Zeit haben wir damit zugebracht, anderwärts erarbeitetes Wissen für die politische Meinungsbildung zu erschließen und dabei Abstand zu den parteitypischen Verfahren – Beschluss, Resolution usw. – gewahrt.

Wenn wir nun – wie bei den Wegemarken / Kalenderblättern – ein Projekt fördern, das gesellschaftliche Entwicklung als Prozess tiefgreifender, aber doch gradueller Veränderungen deutet, ist der Bezug zu parteiinternen Differenzen unverkennbar, und das ist auch in einer Untersuchung der Fall, die darauf abzielt, zwischen den Bekenntnis-, Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften ein politisches Auskommen zu fördern.

Diese Verschiebung können wir uns paradoxerweise leisten, weil unsere politische Generation, die 68er, sich langsam aus dem Kampf um Ämter und Mandate herausbewegt. Das macht das Nachdenken über die politischen Ideen, die gerade wirksam und im Schwange sind, leichter.

Eine Parteiarbeitsgemeinschaft ist, auch wenn sie den Auftrag politischer Bildung ernst nimmt, keine wissenschaftliche Einrichtung. Unsere Diskussion muss mit dem auskommen, was in anderen Zusammenhängen erforscht wurde. Ergebnislos ist sie deswegen nicht, setzt sie sich doch mit den Deutungsmustern auseinander, die den strategischen Hintergrund linker politischer Bewegung ausmachen. Solche Deutungsmuster können schreiend falsch sein, und es ist auch möglich, dass sie nach dem Muster „Des Kaisers neue Kleider“ lange, lange stabil bleiben. – Wenn unsere Bewegung sich in mancher Hinsicht in der Lage des nackten Kaisers befindet, kommt es zu einer Suche nach Mitteln, die Blöße zu bedecken.

Auch das Kursthema „Autoritäre Demokratie? – Problemlage, Kritik und Gegenstrategien“ fällt, wenigstens ein bisschen, in dieses Fach. Die Ausbreitung von autoritärer Demokratie geht in ganz Europa vor sich. Die Zielbestimmung der Emanzipation und das Mittel der Demokratie werden auseinandergerissen. Emanzipative Bewegungen lernen die Mehrheit fürch-

ten und suchen Schutz unter den Flügeln der Staatsgewalt. Wie kann es dazu kommen?

In unserer Diskussion wählen wir einen Text zum Ausgangspunkt, in dem die erste Internationale Beziehung von politischer Willensbildung und Gewaltmonopol ausmalt (Bürgerkrieg in Frankreich, Inauguraladresse). Kann die Vermutung, eine politische Ordnung nach dem Muster der Kommune sei der Emanzipation dienlich, belegt werden?

Gibt es, zweitens, einen Zusammenhang von Staatsverfassung und Rechtsordnung mit der individuellen Entfaltung? Dazu frühe schriftlich hinterlassene Beobachtungen von Staatsbildungs- und Rechtssetzung- bzw. -findungsprozessen. Bieten griechische Philosophie und römisches Recht und christliche Theologie auch der heutigen Diskussion Bezugspunkte?

Drittens. In Frankreich stehen Wahlen an, bei dem mindestens ein großer Erfolg der Rechten zu befürchten ist. Was kann der autoritären Demokratie politisch entgegengesetzt werden? Dazu ein Blick auf eine Tradition, die sowohl Argumente für die Idee der Gewaltenteilung kennt wie auch solche für die unbedingte Durchsetzung des Volkswillens.

Am Freitag wollen wir uns dann mit der Annahme beschäftigen, dass die moderne Demokratie einen Strukturwandel erlebt bzw. zu bewältigen hat, und was in diesem Wandel wirksame Faktoren sind.

Am Samstag können wir am Vormittag über die Rechtsaußenparteien in der Europäischen Union diskutieren und im besonderen über die Strategiebildung bei der AfD.

Unter dem Stichwort AK-Internetkommunikation geht es darum, dass die Entwicklung politischer Strategien ihre eigenen Schritte nicht vergessen oder verschweigen darf, sondern reflektieren sollte, dazu ist das Zusammenspiel von Zusammenarbeit auf der Basis kleiner Zeitbudgets und unterschiedlicher Wohnorten, von aktueller Berichterstattung und Entwicklung politischer Ideen nützlich. Berichte über Verfahren und Vorhaben.

Martin Fochler, 4. Januar 2017

Teil 1: Bericht aus der Diskussion anhand von Auszügen klassischer Texte (Aristoteles, Cicero, Montesquieu, Rousseau, Karl Marx) Von Martin Fochler

Hat es Sinn, Texte, die im Kontext der antiken Polis, des aufkommenden Imperium Romanum, zum Ende der absoluten Monarchie und zum Beginn des republikanischen Zeitalters in Frankreich entstanden, zur Interpretation eines ganz aktuellen Phänomens – autoritäre Demokratie – heranzuziehen? Dafür spricht, dass das Gefüge der politischen Einrichtungen, die Organisation politischer Macht keineswegs Ausgeburt der Aktualität ist, sondern auf Traditionen beruht, die weit über das Maß der Lebenszeit einer Generation zurückreichen. Zum Verständnis dieser Einrichtungen braucht es den Blick auf ihr geschichtliches Werden, es bleibt die Frage, wie lange man zurückschauen sollte. Dabei fällt ins Gewicht, dass in der Schriftkultur der Länder der westlichen Welt bei der Diskussion der Staatsformen der Rückbezug bis hin auf „die alten Griechen“ niemals fehlt. Es gibt also auf der Zeitlinie einen vertikalen Zusammenhang und für die aktuelle länderübergreifende Diskussion gemeinsame Bezugs- und Ankerpunkte, die es erleichtern, den Diskurs über Sprach- und Kulturgrenzen hinaus zu führen.

Unser Ziel konnte nicht sein, uns eine Übersicht über die Quellen zu verschaffen. Auf Texte aus der angelsächsischen Tradition haben wir ganz verzichtet, diese für internationale Politik und solidarische Bewegungen so wichtige Annäherung braucht eine besondere Anstrengung. Ferner fällt bei der

Sichtung der in Deutsch zugänglichen Texte auf, wie wenig in unseren politischen Diskursen von der politischen Kultur und den Traditionen anderer Weltteile bekannt ist.

Wir haben unsere Auswahl geschichtlich wirksamer Texte aufgerufen, um einen Einstieg in die Diskussion aktueller Problemlagen zu finden:

Antike, Griechenland. Diese nützlichen Dienste können die alten Schriften leisten, weil sie sich bereits in der griechischen Antike auf Gesellschaften beziehen, in deren Wirtschaften differenzierte Arbeitsteilung und Austausch eine tragende Rolle spielt, so dass sie einen, wie wir heute sagen würden, ordnungspolitischen Rahmen nicht entbehren können. Wird die Willkür der Einzelnen eingeschränkt, ist ihre Freiheit betroffen. Für dieses Problem findet sich früh schon die Lösung: Wenn es den Einzelnen vernünftigerweise um die Verwirklichung des Guten geht (oder gehen sollte), dann ist dafür zu sorgen, dass dieses Ziel auch von der übergeordneten politischen Macht verfolgt wird. Dies kann durch einen guten Monarchen geleistet werden, der sich allerdings zum Tyrannen entwickeln kann; oder durch eine Auswahl kluger Köpfe, die sich von der Möglichkeit der Bereicherung verlockt zu Oligarchen entwickeln können, oder durch Alle bzw. die Mehrheit, wodurch das Wirtschaftsleben der Vermögenden

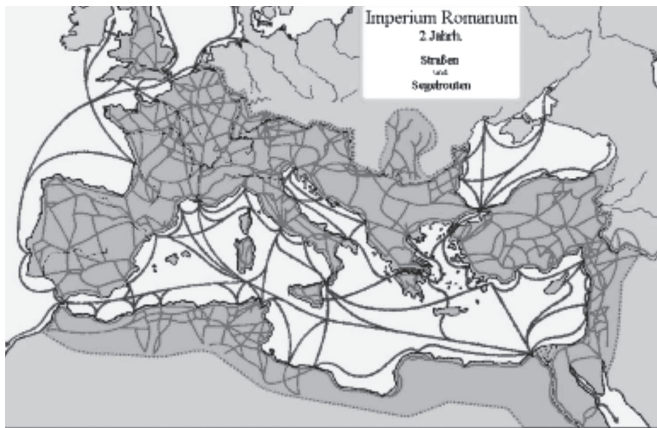
gestört werden könnte.

Schon diese knappen Andeutungen schärfen den Blick für die aktuellen Aufführungen des politischen Theaters. All diese Probleme tauchen auch in unseren zeitgenössischen Verfassungsstaaten auf. So ist in Deutschland das Amt des Bundeskanzlers mit der „Richtlinienkompetenz“ ausgestattet, und wer den Ausdruck „Chefsache“ in den Mund nimmt, hat die alte Einrichtung diktatorischen Durchgreifens im Kontext stehen. Unzählige Varianten von Vorteilsnahme unter Ausnutzung politischer Machtstellung fallen vor, und es zeigt sich die Gefahr der Misshandlung komplizierter Verfahren und Verträge durch plebiszitäre Machtworte.

Die Diskussion über diesen Text (Aristoteles) macht sichtbar, dass die politischen Gebilde unserer Zeit aus einer Kombination von Herrschaftsformen zusammengesetzt sind und das auch noch in jedem Staat anders. Da wegen der internationalen wirtschaftlichen und politischen Verflechtung die Legitimität und Rationalität politischer Entscheidungen in anderen Staaten zur Sprache kommt, werden wir alle Verständnis für die jeweils geltenden Verfahren entwickeln müssen.

Texte aus: **Aristoteles** (geb. 384 v. Chr. in Stageira; † 322), **Politik**, 2. Aufl. München 1976 (dtv 6022)

Rom. Die griechischen Stadtstaaten waren klein. Herrscher und Beherrschte kannten sich gegenseitig. Die Sitten des Monarchen, der Auserwählten, der Vielen können als Maßstab der Qualität ihrer politischen Eignung herangezogen werden. Im Flächenstaat löst sich diese Einheit von Ort und Zeit auf. Hier geht es um die Organisation weit auseinanderliegender Produktions- und Austauschprozesse, muss die Verpflichtung ziviler Personen gegeneinander – Leistung und Gegenleistung – reguliert werden. Die Ausübung politischer Gewalt gegen äußere und innere Bedrohungen des Status quo muss erweitert werden, die politische Macht tritt als Garant geschlossener



Straßen und Segelrouten im 2. Jahrh. www.laurentianum.de/lgimpro2.htm

Verträge auf. Damit sie im Streitfall schlichten und richten kann, muss die Architektur der Macht durch eine strukturierte Rechtsordnung ergänzt werden, auf die sich Kläger, Beklagter, Richter und Vollzug berufen können.

In dieser Entwicklung stellt sich die Frage, aus welcher Quelle das Recht geschöpft werden kann, und die Antwort lautet, aus der Natur, die als Geschenk der Gottheit bezeichnet und, weit gefasst, sowohl als Natur der materiellen Welt wie auch der Gesellschaft und des einzelnen Menschen verstanden wird. Letzten Endes wird das Recht aus der vernünftigen Beobachtung erfolgreicher, beständig wiederholbarer Prozesse, eben in der Natur, der Gesellschaft und der Lebenspraxis gewonnen. Damit ist die Identität von Macht und Recht dahin, und das Handeln der Mächtigen kann vom Standpunkt des Vernünftigen aus kritisiert werden.

Marcus Tullius Cicero (106 v. Chr. bis 43 v. Chr.), *Der Staat* (Reinbeck bei Hamburg 1964, Rowohlt's Klassiker 162) u. *Über die Gesetze* (Reinbeck bei Hamburg 1969, Rowohlt's Klassiker 239)

Absolutismus, Aufklärung und der Geist der Gesetze. Der effektiv organisierte Staat der Moderne organisiert sich nach der Idee der vom Guten inspirierten Monarchie. Quell der Ideen vom Guten ist der von Gottes Gnaden, d.h. von der Kirche, gesalbte Monarch. Die Gefahr der Willkürherrschaft und des Missbrauchs ist handgreiflich. Das geschriebene nachvollziehbare Recht entwickelt sich als Mittel zur Organisation des zivilen Wirtschaftsverkehrs, zur Eingrenzung der politischen Macht und der Geistlichkeit. Die Idee der eigenen Quelle des Rechts aus der Natur wird neuerlich aufgegriffen und ergänzt. Die politische Gewalt wird auf den Vollzug verwiesen, während Gesetzgebung und Rechtsprechung eigene spezifische Legitimationsquellen zugesprochen werden. Der Trend zur Teilung der Gewalten, der sich in fortwährenden und schweren Abstimmungskrisen zwischen politischer Macht und organisierter Religion, zwischen Politik und Geldgeber, zwischen Zentral- und Regionalmacht austobte, wurde nunmehr verstanden, logisch dargelegt und als Organisationsprinzip bürgerlicher Gesellschaft empfohlen. In einer solchen Anordnung erscheinen Recht und Gesetz nicht mehr als bloß zu interpretierte Gottesgabe oder Naturgegebenheit, sondern auch als Menschenwerk, das fehlgehen kann.

Texte aus: **Montesquieu** (1689 bis 1755), *Vom Geist der Gesetze*, 1. Band, Tübingen 1951

Die Idee volonté générale („allgemeiner Wille“) antwortet auf das Problem mit einer logischen These, nach der die vollständig informierten, zum vernünftigen Urteil befähigten Bürger als Quell der Gesetzgebung und Bestimmungsgrund machtvollen Handelns begriffen werden. Eine solche politische Konstruktion eignet sich vorzüglich, um Interessenkonflikte zum Austrag zu bringen. Geschichtlich hat sie ihre höchste Wirksamkeit in ideologisch geeinten Bürgerkriegsarmeen. Bekannt sind auch die Schwierigkeiten, von diesem Machtcluster zu einer verfassten Gesellschaft zurückzukommen, die Interessenkonflikte einerseits eingrenzt und andererseits produktiv zu nutzen weiß.

Texte aus: **Jean-Jaques Rousseau** (1712 bis 1778), *Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechts*, Stuttgart 1974, Reclam

Ein Staat nach dem Vorbild der Pariser Kommune? Der Aufstand der Pariser Kommune dauerte nur wenige Monate. Kriegszustand und wirtschaftliche Isolation durch die Belagerung boten nur wenige Chancen demokratischer Neuordnung von Staat, Wirtschaftsleben und Kultur. In unserer Diskussion haben wir mit Bedauern registriert, dass die 1. Internationale in der von Marx verfassten berühmten Inauguraladresse zum Bürgerkrieg in Frankreich das Organisationsmuster des Aufstands der Bürger als Muster politischer Organisation der arbeitenden Klassen ausgelegt und propagiert hat.

Texte aus: **Karl Marx** (1818 bis 1883), *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, zugänglich über http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_319.htm

Aus der Schlussdiskussion. In der politischen Theorie, die stets auch Legitimation politischer Praxis mit sich führt, sieht man zwei verschiedene Stränge Typen des Handelns und der Rechtfertigung.

Wenn es nämlich darum geht, die Gesellschaft entsprechend einer durchdachten Konzeption vom Guten einzurichten, rückt das Medium der politischen Macht ins Zentrum der Überlegung. Die Konzeption vom Guten kann als Ergebnis wissenschaftlichen Nachdenkens legitimiert werden oder als ausdrücklicher Wille der Vielen. In beiden Fällen verträgt die gute Absicht schon rein gedanklich keine Hemmung und schreit nach Um- und Durchsetzung.

Anders, wenn nicht von der Macht, sondern vom Recht die Rede ist. Dann erscheint nämlich eine lange Liste gesellschaftlicher Praktiken, die sich über die Zeit praktisch und rechtlich

verfestigt haben, und deren Veränderung in jedem einzelnen Fall sorgsam bedacht werden muss, da es sich um tragende Elemente der gesellschaftlichen Reproduktion handelt.

Dieser Blick auf die gesellschaftlichen Einrichtungen kann sich mit der Teilung der Gewalten anfreunden, die willkürlicher Veränderung, sie sei durch beste oder schlimmste Absichten inspiriert, Riegel vorschieben. Ein nicht zu unterschätzender Vorzug dieser Art von Ordnung ist, dass sie der differenzierten Gesellschaft die Zeit lässt, die ein vernünftiger Diskurs immer braucht und die auch Zeitpunkte und Verfahren zur Intervention setzt bzw. liefert.

Die Kritik bzw. Eingrenzung der politischen Macht durch die geltenden Gesetze ist Alltag linker Politik, das beginnt schon mit dem Gebrauch des Anfragerechts, der aus Handeln oder Versäumnissen der Exekutive bzw. der Verwaltung einen Fall macht, der zur Debatte steht, geht weiter zu Untersuchungsausschüssen und Klagen. Dennoch wird gerade im rechtlich geordneten demokratischen Verfassungsstaat deutlich, dass der ganze Komplex der Gesetze auch Ungleichheit, Diskriminierung, unfaire Praktiken festschreibt, dazu kommt noch eine Verzerrung der Rechtsprechung durch die der sozialen und kulturellen Bindung der Richterschaft an Staatswesen bzw. den ganzen Status quo. Die Herausforderung an linke

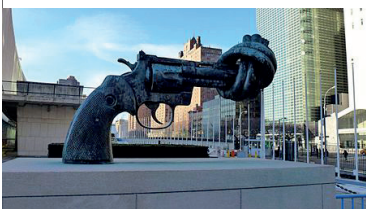
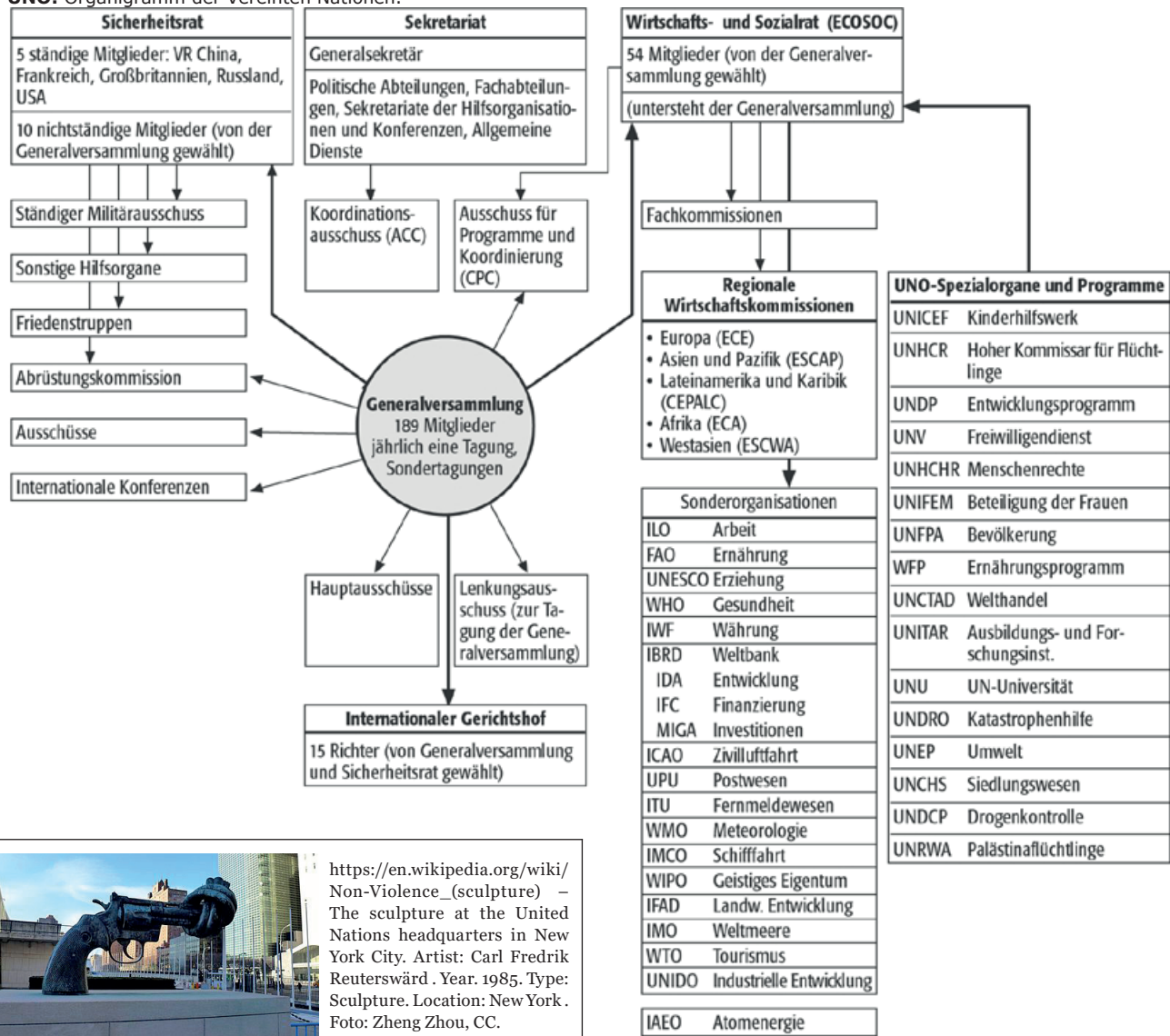
Reformpolitik ist, ihre Ziele so zu bestimmen, dass sie von der vielseitig interessierten öffentlichen Meinung akzeptiert, aufgegriffen und im Zuge demokratischer Willensbildung zu Recht und Gesetz werden können.

Ausblick: Die Entwicklung der öffentlichen Meinung geht der Entwicklung der politischen Verfassungen voraus. In der heutigen Welt weit gespannter Zusammenhänge hat sich ein neuer Kristallisationspunkt öffentlicher Meinung gebildet. Die Konstitution, Beschlüsse und Organe der Vereinten Nationen sind einerseits mehr als eine bloße Meinungsäußerung, weil sie aber von den Staaten aufgegriffen werden müssen, neigen die innerstaatlichen politischen Diskurse dazu, die Bedeutung jener fixierten Momente internationaler Verständigung zu unterschätzen. Die Praxis der emanzipativen Bewegungen orientiert sich durchwegs an international bereits benannten, namentlich über die Organisation der Uno kodifizierten sozialen und menschenrechtlichen Zielen. Während in den gegebenen Verfassungsstaaten eine öffentliche Meinung auf dem Wege von Wahlen und Abstimmungen Faktum werden kann, fällt diese Möglichkeit für die internationalen Übereinkünfte aus. So sind die Vereinbarungen der Uno einerseits mehr als eine bloße Meinung und andererseits auch weniger. Ähnliche Probleme zeigen sich in Staatenverbänden. Rückgriffe auf

Lexikon der Geographie

https://www.spektrum.de/lexika/showpopup.php?lexikon_id=10&art_id=8446&num...

UNO: Organigramm der Vereinten Nationen.



[https://en.wikipedia.org/wiki/Non-Violence_\(sculpture\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Non-Violence_(sculpture)) – The sculpture at the United Nations headquarters in New York City. Artist: Carl Fredrik Reuterswärd . Year: 1985. Type: Sculpture. Location: New York . Foto: Zheng Zhou, CC.

Traditionen des Nationalismus werden möglich und wirksam.

Konsequenzen. Obwohl die Unterhaltung vor dem Hintergrund klassischer Texte der politischen Wissenschaft auch als Gelegenheit zum Meinungsaustausch und Meinungsbildung interessant ist, ging es in unserer Diskussion auch um praktische Konsequenzen:

In der international allseitig verflochtenen Weltgesellschaft bildet sich vermittelt durch die Organisation der Uno ein Fundus von Zielen und Rechten heraus, die sich als Inspiration der Gesetzgebung, internationaler Abkommen und Verträge eignen. Diesen Bezug in der praktischen Politik herauszuarbeiten ist der Mühe wert, es macht aber auch doppelte Mühe: Die publizistische Aufbereitung für die Diskussion und die Arbeit, im eigenen Kopf noch einem Entscheidungsgrund mehr zuzulassen.

Die staatlichen Strukturen, in denen Entscheidungen gefunden werden, sind historisch verschieden. Wenn Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den Staaten nötig sind, wird die jeweilige Öffentlichkeit nur mithalten können, wenn sie sich auf die Unterschiede im Gang der Meinungsbildung einlässt und spezifische Problemlagen zu begreifen sucht.

Linke Reformpolitik funktioniert projektorientiert. Sie dringt am ehesten mit möglichst klar umschriebenen und eingegrenzten Vorhaben durch. Erfolg bei der Wahrnehmung von Ämtern – bis hin zur Regierung – stellt sich ein, wenn das weite Feld der recht und oft auch schlecht funktionierenden Einrichtungen mit verbessernden Strategien beackert wird. Um gelebte Praktiken aus der Welt zu schaffen, braucht es eine starke Legitimation und eine sehr einleuchtende Alternative.

So wie sich politische Meinungen und Mehrheiten in den reifen Industriegesellschaften zusammenballen, kann auf Emanzipation gerichtete Politik auf autoritäre Mehrheiten stoßen. Als Gegenbild zur autoritären Gesellschaft zeigt sich die offene, rechtlich geordnete demokratische Gesellschaft.

Die internationalisierte Welt ist unanschaulich. Normen, die weltweit als vernünftig anerkannt werden sollen, entstehen nicht mehr allein durch die Diskurse, die sich neben dem beruflichen Engagement, in den familiären Zusammenhängen und den politisch-ideologischen Vereinen ereignen. Die politische Willensbildung ist auf wissenschaftlichen Input angewiesen. In diese Kerbe schlägt der im folgenden vorgestellte Vorschlag „dezentrierte Demokratie“.

Bericht über die Diskussion – Teil II, Gegenstrategien. Vorschlag zur Rettung der Demokratie – Helmut Willke : Dezentrierte Demokratie Von Eva Detscher

Die Diskussion auf der Winterschule über Willkes Konzept der Transformation der demokratischen Strukturen und Prozeduren erbrachte eine gewisse Skepsis gegenüber seiner Vorstellung von neuen Entscheidungsebenen. Auf einer Veranstaltung in Karlsruhe erläuterte er sein Konzept etwas genauer.

Kern der Demokratie

Willke sieht die Notwendigkeit einer Transformation der Demokratie. Er will sie in seinem Kern erhalten, wobei er den Kern der Demokratie in folgenden fünf Punkten sieht:

- Legitimität
- Partizipation
- Transparenz
- Effektivität
- Rechenschaftspflicht

Es wäre nicht die erste große Transformation der Demokratie: das ursprüngliche, griechische Modell, nach welchem auf dem Marktplatz alle Wahlberechtigten zusammenkamen, jeder von ihnen alles diskutieren konnte und dann per Abstimmung Mehrheitsbeschlüsse gefasst wurden, transformierte sich in die repräsentative Demokratie. Weltweit bestehen viele unterschiedliche Herrschafts- und Steuerungsmodelle, auch sich widersprechende demokratische Staatsmodelle, Reste von anderen, früheren, aber auch unterschiedlich autokratischen Herrschaftsformen nebeneinander.

Willke ist Systemtheoretiker und Fachmann für Organisations- und Prozedursysteme. Nicht von ungefähr also sieht er eine Organisationsänderung der repräsentativen Demokratie als Schlüssel für das Überleben der Demokratie. Willke sieht keine Alternative für gelingende Steuerung komplexer Gesellschaften, good governance ist nur in demokratisch verfasster Gesellschaft möglich. Dabei wirft Willke auch die Frage auf, ob nicht die Erfolge des chinesischen politischen Systems für viele Länder der Welt, z.B. afrikanische, attraktiver ist – eine Art intelligenter Autokratie in einem merkantilistischen System,

das in punkto Effizienz große Erfolge aufweisen kann.

Notwendigkeit der Transformation sieht er wegen der Globalisierung, der Wissensgesellschaft und dem damit einhergehenden von ihm so bezeichneten demokratischen Dilemma.

Globalisierung

Den Prozess der Globalisierung beschreibt Willke als Spannungsfeld zum einen von Gewinnern versus Verlierern, zum anderen von Nationalstaaten (d.h. Souveränität, politische Steuerung und Ressourcenverwaltung) versus globale Kontexte (d.h. laterale Weltsysteme, TNS's, globale NGO's und soziale Bewegungen).

Bei der Beschreibung der drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen betont Willke als Folge der Globalisierung Brüche, Zäsuren, Irritationen der Weltgesellschaft („globale Ungleichheit, globale Finanzkrise, Migrationsströme, Klimawandel“) und stellt dies in ursächlichen Zusammenhang für Kritik am Kapitalismus und an der Demokratie. Dabei fehlt – das haben wir in der Diskussion bei der Winterschule festgestellt – nicht nur einfach die Aufzählung von Fortschritten, die durch die Globalisierung erzielt wurden. Es ist die Art der Betrachtung, die zu bestimmten Schlussfolgerungen führen mag: wenn unter dem Schlagwort Globalisierung alles Un-gute subsummiert wird, dann ist es nicht mehr weit zu einer Anschauung, dass diese Globalisierung von irgendwelchen Personen ausgedacht und gemacht wurde und betrieben wird, die Übles damit wollen. Die Flanke zu protektionistisch und nationalistisch auftretenden Globalisierungsgegnern bleibt damit offen. Dabei betont Willke immer wieder, wie erfolgreich laterale Weltsysteme agieren (Weltgesundheitsorganisation mit z.B. der erfolgreichen Seuchenbekämpfung oder Welthandelsorganisation mit z.B. den erprobten Konfliktlösungsprozeduren). Das politische System ist ein ebensolches funktionales ausdifferenziertes System, das die Rolle der Supervision übernimmt, es besteht aber nicht auf globaler Ebene: einen Weltstaates wird absehbar nicht kommen. Das politische System ist nach Willkes Meinung an den Nationalstaat gekoppelt,

kann aber auf diesem Operationsgebiet abhängig von den Dingen, die außerhalb des eigenen Einflussbereiches liegen, nicht wirklich entscheiden. Dies ist für Willke einer der wichtigsten Gründe für die Notwendigkeit einer Transformation der nationalstaatlich verfassten Demokratie.

Wissensgesellschaft

Willke beschreibt kenntnisreich, dass die Zukunft gesellschaftlicher Kooperation vom Wissen abhängt. Wissen versteht er dabei nicht nur als das Wissen, das sich ein Mensch aneignet (er nennt es „Wissen der Personen“), sondern weit darüber hinaus Beziehungen zwischen Gütern, Menschen, Prozeduren usw. („Wissen der Organisationen“), was für ihn dann Wissensgesellschaft darstellt (siehe Bild 1).

Aus der wachsenden Komplexität, dem Nichtwissen in vielen Bereichen und der Intransparenz der Prozeduren schließt Willke auf Kritik an der Demokratie. Die Dinge wären zu komplex, so dass der, von Willke immer wieder so bezeichnete „Normalbürger“ sich überfahren vorkommen müsse, weil er nicht überblicke, worüber entschieden wird. Er folgert, dass sich deshalb viele von den demokratischen Rechten und Strukturen abwendeten. Willke wirft die Frage auf, ob die Demokratie nicht von einer Input-Legitimation (Wahlrecht) auf eine Output-Legitimation (von den Ergebnissen politischer Entscheidungen her) umgestellt werden müsse.

Demokratisches Dilemma

Aus all dem vorher Gesagten schließt Willke auf Dilemmata der Demokratie (Bild 2), die noch dadurch verstärkt werden,

dass es für alle Entscheidungen immer mehrere Möglichkeiten gibt. Wachsende Komplexität und Unüberschaubarkeit bei gleichzeitiger Kontingenz führt nach Willke zur Konfusion, die gefährlich sei für die Demokratie.

Folgen davon seien Überlastung der Parlamente, unersetzlich daher die Expertise von außen. Diese Expertise – und hier gab es heftige Diskussion sowohl auf der Winterschule als auch beim Vortrag in Karlsruhe – geschieht durch Lobbyarbeit: diese ist notwendig und gängige Praxis. Die, die sich am besten auskennen, müssen für Entscheidungen gehört werden. Dass der Begriff Lobby mit Korruption und Bestechung in Verbindung gebracht wird, ist für viele Kreise Grund genug, prinzipiell gegen Lobby zu sein. Willke, darauf angesprochen, sieht Intransparenz der Vorgänge als Ursache für dieses Missverständnis.

Dezentrierte Demokratie

Willkes Vorschlag zur Lösung des demokratischen Dilemmas sieht vor, Fach- und Sachkenntnis mit Entscheidungsbefugnis zu versehen. Das gesetzgebende Parlament wird nicht einfach nur beraten, sondern die vom Parlament delegierten Fachinstitutionen arbeiten selbständig. Die Kontrolle und letztendliche Entscheidung verbleibt beim von den Bürgern gewählten Parlament. Die Struktur, die Willke vorschlägt, ist in Bild 3 zu sehen.

Diskussion auf der Winterschule

Der zentrale Punkt der Kritik an Willkes Darlegungen war im Grund genommen die Verve, mit der er über das Bestehen-

de hinweggeht. Politik muss dienen, und Primat hat das gelebte Leben in seinem Bestand. Die Achtung der Würde der kleinen Lebenszyklen, die Rücksicht auf das Vorgefunden ist vorrangige Aufgabe der Politik. Die meisten Entscheidungen im politischen Betrieb halten den Betrieb in Gange. Fälle, wo gravierende Veränderung ansteht, müssen aussortiert werden. Änderungen müssen auf dem Weg der politischen Setzung, und zwar mit Vorsicht eingeleitet werden. Willke hingegen ist in der Gefahr, den Blick für die Realitäten zu verlieren. Die Reproduktion wird nicht einfach unterbrochen, sondern der Rahmen, den die kreisläufige Realität (Müll wird abgeholt, die Straßenbahn fährt, im Supermarkt gibt es etwas zu kaufen) benötigt, erfordert Normen – Willke sieht das komplett anders, er sieht nur Findungen, keine normativen Prozesse: „Mit Globalisierung und Wissensgesellschaft hat die Menschheitsentwicklung in der Tat eine Wendung genommen, welche die für Demokratie prägende Kombination von Recht und Politik auflöst und eine weiter gehende Entzauberung des normativen Erwartungsstils vorantreibt. Statt formaler Gesetze werden für die Politik Vorhaben, Programme, Investitionen, Anreize und Kampagnen wichtiger und prägender, und der Stil der Durchsetzung von Entscheidungen wandelt sich von hoheitlicher Anweisung zu evidenzbasierter Überzeugungsarbeit...“ (S. 16). „...Sie alle vertiefen systematisch den Verdacht, dass evidenzbasiertes Wissen an die Stelle von normativen Setzungen tritt. Die-

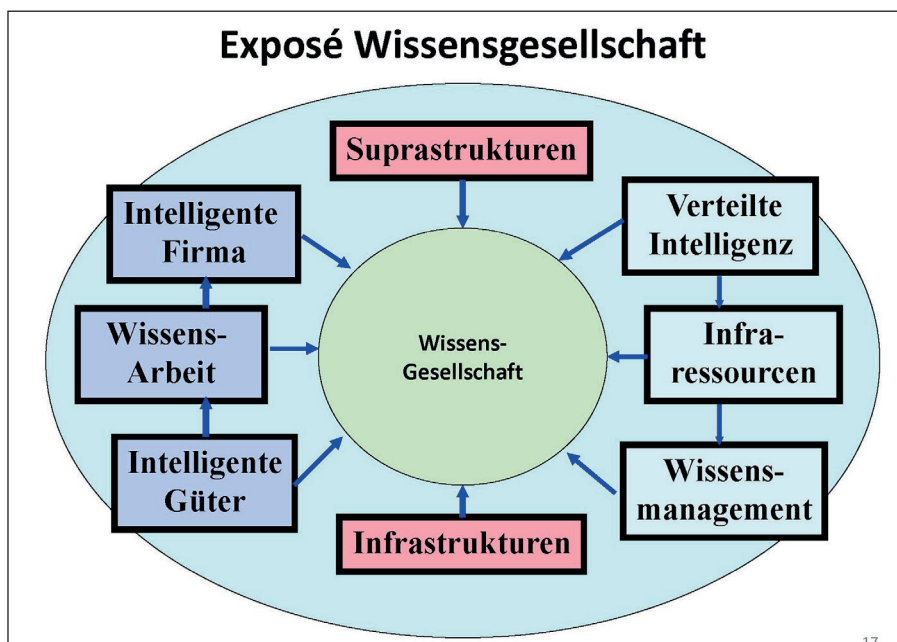


Bild 1: Systemkomponenten der Wissensgesellschaft

Die Dilemmata der Demokratie

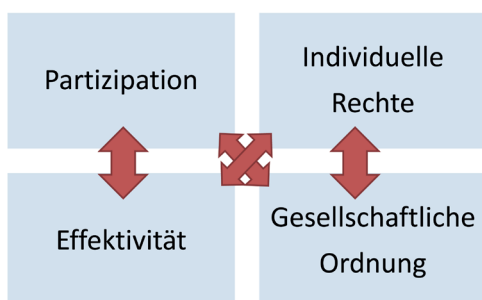
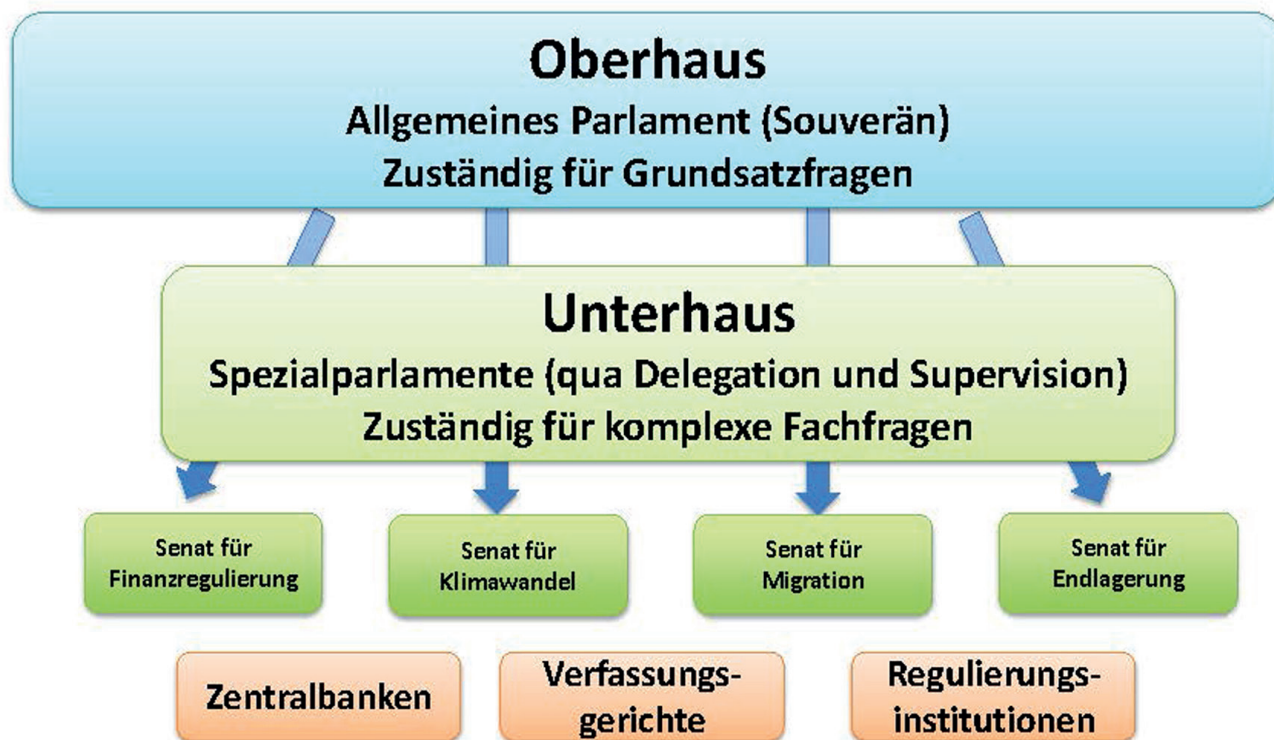


Bild 2: Die vier Ansprüche an eine zivilisierte Gegenwart:

Partizipation, Effektivität, individuelle Rechte und gesellschaftliche Ordnung stehen im Spannungsverhältnis zueinander und benötigen Steuerungs- und Ausgleichsprozeden.

Dezentrierte Demokratie

Eine neue Architektur der Demokratie



Prof. Dr. H. Willke: Demokratie in Zeiten der Konfusion

Bild 3: Willkes Modell dezentrierter Demokratie

ser Austausch kommunikations- und handlungssteuernder Leitdifferenzen von legal / illegal durch evidenzbelegt / nicht evidenzbelegt hat historisch gesehen gerade erst begonnen ... Denn nun wird denkbar und schrittweise plausibel, dass gesellschaftliche Ordnung nicht nur durch Recht geleistet werden kann, sondern auch durch Wissen.“ (S. 62)

Der Formwandel, den Willke anstrebt, wäre also eine Verschiebung von Normen zur Evidenz – wer definiert die kognitiven Maßstäbe? Der Verdacht, dass es Wissenschaftler sind, wirft die Frage auf, was dann als wissenschaftlich gilt: alle, die mit dem Wissenschaftssystem schon zu tun haben, sehen es eher skeptisch, dass die Mitglieder entscheidungsbefugter Fachgemeinschaften durch Kooptation bestimmt werden (also die schon vorhandenen bestimmen, wer dazu kommt) – Willke will zwar „eine Koalition der unüblichen Verdächtigen“ (2. 22), also genau nicht nur aus den eigenen wissenschaftlichen Reihen, sondern auch „engagierte Bürger, Aktivisten, NGOs, lokale Gruppen etc.“ (ebda.) – dennoch bleibt ein fades Gefühl, dass eine bestimmte Klientel in Stellung gebracht würde, insbesondere, da es gar nicht möglich ist, alle Betroffene an einen Tisch zu bringen. Der Wirk- und Einflussradius selbst von gering scheinenden Entscheidungen z.B. auf kommunaler Ebene ist oft gar nicht abzusehen.

In diesen Zusammenhang gehört auch das Fehlen jeglichen Bezugs zu bereits arbeitenden Modellen und Prozeduren, die neue Beteiligungsformen, neue Wirkungsmöglichkeiten beinhalten. Ein gutes Beispiel ist die europäische Ebene. Warum vermeidet Willke den Blick auf die EU?

Auch beim Lernen geht es ohne normative Setzung, ohne Rückbindung ins Bestehende gar nicht. „... Lernen (wird) zur

dominanten Modus einer dynamischen Ordnungsform von Gesellschaft...“ (S. 62) – der gesamte Kulturbereich steht zur Debatte?

Ein weiterer Einwand gegen die Argumentation von Willke richtet sich gegen seine behauptete „Entzauberung des Nationalstaates“ (S. 8) – sein Buch stammt von Anfang 2016, also vor Trump und Brexit. Die Stimmung hat sich da doch sehr geändert. In der Diskussion wurden eher andere Handlungsfelder gesehen, als sie, die Willke vorschlägt:

Funktionssysteme müssen sich bewähren. Demokratietheoretisch schwer zu beschreiben ist z.B. der UN-Sicherheitsrat, dessen Sinn in der Entscheidung über weltweiten Krieg oder Frieden gestiftet ist. Oder wenn die Weltgesundheitsorganisation WHO Pocken und Ebola erfolgreich bekämpfen, wenn Rückversicherungen verhindern, dass Versicherungen nicht bezahlen können, wenn Überschwemmung ganze Landstriche platt machen – dann sind das Beispiele aus der Vielfalt von Abkommen, die man begreifen und aus denen lernen kann für andere Bereiche. Stichwort wäre dafür z.B. horizontale Subsidiarität.

1 Prof. Dr. Helmut Willke, Professor für Global Governance, Vizepräsident für Forschung, Zeppelin Universität, Friedrichshafen

2 H. Willke: Dezentrierte Demokratie; suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2182, 2016. Zitate daraus werden oben mit Seitenzahlen versehen

3 Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Neue Nationalismen – Folge einer globalisierten Welt?“ beim Colloquium fundamentale des Zentrums für angewandte Kulturwissenschaften am Karlsruhe Institut für Technologie. http://www.zak.kit.edu/colloquium_fundamentale.php. Dort findet sich auch Willkes Vortrag als Youtube-Video sowie alle Folien.

Vortrag „Bekenntnis und Religion in einer rechtlich geordneten Gesellschaft“

Von Karl-Helmut Lechner

Gleich zu Beginn die Frage an uns selbst: Warum dieses Thema? Warum beschäftigen wir uns auf unserer Tagung mit „Religion“? Ist es etwa unsere Altersmilde, die uns ein kritisches Verhältnis gegenüber der Religion langsam zurücknehmen lässt und wir nun doch endlich ins Grübeln kommen — ob an ihr doch was dran sei und wir Frieden mit ihr machen sollten?

Unsere Gründe sind anderer Art. Wir beobachten, wie auf dem ideologischen Gebiet von Religionen und Weltanschauungen zur Zeit mehr bewusst als unbewusst, von rechts wie von links, Konflikte geschürt werden, die dazu angetan sind, diese Gesellschaft auseinanderzutreiben. Schlagworte wie „Laizismus“ hier und „Leitkultur“ da schwirren durch die Gegend und werden einander an den Kopf geworfen. Von „Religionsfreiheit“ — wie ich meine — eine der großen Errungenschaften des Grundgesetzes, ist in diesem öffentlichen Gezerre selten die Rede. Wenn diese Kontroversen entgleiten, so könnte sich aus diesem Gemisch ein Kulturkampf entwickeln — wie seinerzeit in den Jahren nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871.

Wir wollen uns mit unserem Beitrag in diese Diskussion einmischen. Dabei ist es unser politisches Ziel, einen Diskurs um gangbare Wege anzuregen, die es der Gesellschaft ermöglichen, religiös begründete Konflikte in einem demokratisch geordneten Miteinander nicht nur auszuhalten, sondern sie in eine Bereicherung kultureller Vielfalt zu verwandeln. Religionsverfassungsrecht und der dazugehörigen Rechtsprechung muss es unseres Erachtens gelingen, in dieser Zeit gesellschaftlicher Widersprüche zwischen Weltanschauungen und Religionen gleichsam zu moderieren. Es geht um nichts geringeres als den positiven und konstruktiv gestalteten Religionsfrieden in dieser Gesellschaft.

Dazu wird es u.E. erforderlich sein, in absehbarer Zeit gemeinsam zwei Themenblöcke zu behandeln. Ich möchte sie hier skizzieren:

* Aufarbeitung linker Tradition der Religionskritik als Vorstufe einer wissenschaftlichen Untersuchung der Religion.

* Das herkömmliche Staats-Kirchenrecht muss Religionsverfassungsrecht werden

„Aufarbeitung linker Tradition der Religionskritik“

Der Marxismus und mit ihm die marxistische Kritik der Religion ist eingebettet in den großen Traditionsstrom der Aufklärung. Kritik der Religion und mit ihr verbunden die Auffassung, Religion werde im Laufe der Entwicklung der mehr und mehr aufgeklärten Gesellschaft verschwinden, sind nicht wirklich eine Besonderheit des Marxismus in der aufklärerischen Bestrebung, die Menschheit aus ihrer „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ zu befreien. Karl Marx beschreibt Religion in „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“: „Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes...“ Sehr pointiert werden hier die mannigfachen religiösen Erscheinungsformen benannt. Für uns heute problematisch ist aber die apodiktische Einleitung dieses Textes: „Für Deutschland ist die Kritik der Religion im wesentlichen beendet“. Sie lässt den heutigen Beobachter der Gesellschaft im theoretischen Regen stehen: Denn, wo in aller Welt, trotz der Revolutionen in der UdSSR und der VR China, ist Religion verschwunden oder wenigstens so sehr minimiert, dass es berechtigten Anlass gäbe festzustellen, dass die Kritik der Religion nicht mehr erforderlich und sie

damit wirklich als „beendet“ anzusehen sei? Wenn sie in der oft beschriebenen und von uns erlebten Weise kräftig weiterlebt, dann kann der Satz von Karl Marx auch nicht so gemeint sein: wir wissen seit Ludwig Feuerbach und Karl Marx, wie Religion funktioniert, sie ist quasi „abschließend erklärt“, nur dass sie halt noch da ist. Kurzum. Das von allen Aufklärern, auch von uns angesagte Ende der Religion ist nicht gekommen. Das hat dann vermutlich doch noch ein paar Gründe mehr, als der Einwand, den ein Zuhörer mir kürzlich machte: „Dann haben halt 70 Jahre UdSSR nicht ausgereicht ...“ In dieser Diskussion um die Religion müssen wir feststellen, dass zur Zeit nirgends etwas zu spüren ist vom baldigen Absterben, gar Ende der Religion, wie sie uns von den Vätern aller Religionskritik verheißt worden ist. Grund genug, darüber nachzudenken und zu forschen.

Religionskritik, so wie sie in politischen linken Kreisen üblich ist, kann nur die Vorstufe der wissenschaftlichen Untersuchung von Religion sein. Uns muss es um die Analyse ihrer Funktionsbedingungen und um die Darstellung ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Wirkungen gehen. Im breiten Strom der Aufklärung hat sich die Kritik der Religion in den letzten 250 Jahren entwickelt. Hier seien nur die Namen Ludwig Feuerbach, Karl Marx, Friedrich Engels, Sigmund Freud und Lenin erwähnt. Danach ist Religion Spiegelung unseres Bewusstseins und Projektion an den Himmel — oder um es mit dem Satz von Ludwig Feuerbach zu sagen: „... der Mensch schuf Gott nach seinem Bilde“. Und wenn wir polemisch davon sprechen: „Religion ist Opium des Volkes“ und dabei uns auf Karl Marx berufen, so denken dennoch die meisten von uns zugleich daran, dass Karl Marx die Religion ebenso als „Protestation“ gegen das wirkliche Elend beschrieben hat. Auch das muss bedacht werden: Religion bewirkte manchmal Fortschritt in der politischen Realisierung menschlicher Freiheit. Sie machte ihn ebenso in zahllosen anderen Fällen verheerend zunichte. Wie ist es möglich gewesen, dass nach der grundlegenden Kritik der Religion die Kirchen und Theologen der christlichen Religion nach dem Ersten Weltkrieg einfach und unbefangen weitermachen, neue dicke dogmatische Bände verfassen konnten und das ohne sich ernsthaft auf Karl Marx zu beziehen?

Ein kleiner Hinweis auf den dänischen Philosophen und Schriftsteller Søren Aabye Kierkegaard (1813 bis 1855) könnte uns an dieser Stelle vielleicht bereits etwas helfen. Kierkegaard ist ein scharfer Gegner von Hegel. Er lehnt die hegelsche Dialektik der drei Schritte von These — Antithese — Synthese ab. Er polemisiert gegen diese Dialektik der Geschichte, die die Philosophie Hegel bestimmt, und nennt sie „abstrakt“. Mit Hegel schreitet der Geist Gottes durch die Geschichte und die Gesellschaft und entfaltet sich in einer neuen Ordnung hin zur Synthese. Realisiert im preußischen Staat, oder in der Staatskirche des Königreiches Dänemark. „Abstrakt“ ist für Kierkegaard die Dialektik von Hegel, weil er an seiner Umgebung beobachtet, genau so, wie er es an sich selbst erlebt, in diesem Gang des Geistes durch die Geschichte kommt die reale menschliche Existenz, das Individuum unter die Räder.

An diese Gedankengänge knüpfen in den Jahrzehnten nach dem Ersten Weltkrieg die unterschiedlichen Theologien und öffentlichen Praktiken der europäisch-christlichen Religionen an. Sie haben für sich das Feld der christlichen „Individualität“ entdeckt. Ihr Ziel, nachdem sie seit der Revolution von 1919 selbst nicht mehr Teil des Staatsapparates sind, ist nicht mehr die „Ordnung der Welt“, oder wenigstens — gemäß dem orthodoxen Luthertum — ihre Aufgabe „dem Chaos der sündigen Welt zu wehren“. Sie besetzen hinfort sehr erfolgreich die Kontingenz des menschlichen Daseins als ihren ureigenen



„Windsheimer Konfessionsbild“, 1601, Gemälde von Andreas Herneisen (1538–1610). Darstellung der Übergabe der „Confessio Augustana“, der Lutherischen Bekenntnisschriften an Kaiser Karl V. am 25.6.1530 und Darstellung der gottesdienstlichen Handlungen der evangelischen Kirche. Bemerkenswert ist, wie im Hintergrund die Reformierten als Ketzler polizeilich des Raumes verwiesen werden.

religiösen Geschäftsbereich. Wenn ich hier an dieser Stelle dazu als Kontrastprogramm die herrschende Sicht auf dieses Thema bis 1989 im Bereich der UdSSR und DDR – und auch das gehört mit zu unserer Geschichte– zum besten gebe, so glaube ich, kann die Leserin und der Leser gut nachvollziehen, wogegen wir an-arbeiten müssen. Wladimir Iljitsch Lenin schreibt in seinem Text „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ im März 1913 zum 30. Todestag von Karl Marx: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren lässt. Sie ist die rechtmäßige Erbin des besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat.“

Staats-Kirchenrecht muss zum Religionsverfassungsrecht werden

Der lange Weg der Säkularisierung hat Staat und Kirche seit dem Mittelalter als zwei sich stets bekämpfende und dabei immer wieder kooperierende Institutionen hervorgebracht. In Konkurrenz zueinander, aber auch in inniger Symbiose miteinander haben sie in einem langen Prozess zueinandergefunden und das Staats-Kirchenrecht entwickelt. In Stichworten seien hier Etappen dieses Prozesses angedeutet.

1122: „Wormser Konkordat“. Der Papst hatte für sich die Souveränität über Kirche und Könige beansprucht. Bischöfe, ausschließlich vom Papst ernannt, wären zu vom König unabhängige Fürsten geworden. Mit einem Schlag wäre das Reichskirchengut und damit alle materiellen und militärischen Verpflichtungen dem Königtum verlorengegangen. Im „Wormser Konkordat“ wurde ein Waffenstillstand zwischen Papst und Königtum erzielt, bei dem zwischen der Einsetzung in das geistliche und das weltliche Amt unterschieden wurde.

1555: „Augsburger Religionsfrieden“. Auf dem Reichstag zu Augsburg wurde erstmalig die konfessionelle Spaltung des Reiches in katholisch und lutherisch juristisch-vertraglich festgeschrieben. Der „Augsburger Religionsfrieden“ gewährte nicht individuelle Religionsfreiheit. Nur die Landesherren hatten das Recht, der einen oder anderen Religion beizutreten: Altgläubig katholisch oder lutherisch. Deren Untertanen hatten sich nach dem jeweiligen Herren zu richten.

1648: „Westfälischer Frieden“. Die im Dreißigjährigen

Krieg erschöpften Kriegsparteien regelten die Reichsverfassung, die Neuordnung von Territorien und den Konfessionsstand, nun unter Einschluss der Reformierten Religion.

1787: „Verfassung der USA“. Die Perspektive der meist protestantischen Einwanderer in die USA war die Befreiung der Kirche vom Staat, der sie in den Heimatländern verfolgt hatte, um so Raum für die eigene Religionsausübung in der Gesellschaft zu schaffen. Zwischen Staat und Kirche wurde die „wall of separation between church and state“ gezogen.

1789: „Französischer Republikanismus“. In Frankreich weist das Ziel, Kirche und Staat zu trennen, seit der Französischen Revolution deutlich antiklerikale Züge auf. Dies entzündete sich vor allem am kirchlichen Einfluss auf das Unterrichtswesen. Hierher gehört die Wortschöpfung „Laïcité“, bzw. das Adjektiv „laïc“ / „laïque“ für alles, was außerhalb jeglicher religiösen Beziehung steht. 1905 wird die grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche Gesetz bis hin zur Schaffung der „Kultus-Polizei“ festgeschrieben.

1848: „Frankfurter Paulskirche“. Die Paulskirchenverfassung, die nicht Wirklichkeit werden konnte, enthält die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Individualgrundrecht, einschließlich der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung. Sie enthält die Garantie des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts.

1919: „Weimarer Reichsverfassung“. Die Weimarer Bestimmungen entwickeln für die Kirchen den Status der „Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Religion und Kirchen werden rechtlich nicht zu Vereinen und damit nicht in den Bereich des Privaten verwiesen.

1949: „Grundgesetz“ der BRD. Das GG übernimmt die Kirchenartikel der Weimarer Verfassung. Gegenüber der Weimarer Verfassung entfällt bei der Garantie der Religionsfreiheit in Art. 4 GG die Schranke durch die allgemeinen Staatsgesetze. Das BVerfG sieht das Grundrecht der Religionsfreiheit allein durch den Schutz anderer Rechtsgüter mit Verfassungsrang begrenzt. Mit den Bestimmungen des GG sind Verträge (Konkordate) zwischen Religionsgemeinschaften und Staat als „religionsverfassungsrechtliches Regelungsinstrument“ möglich.

War das Staatskirchenrecht und die einschlägige höchstgerichtliche Rechtsprechung in der BRD bis in die 80er Jahre wesentlich von Auseinandersetzungen der großen christlichen Kirchen als Institutionen um Fragen wie Kirchensteuern,

Kirchenvermögen und den Streit um die Konfessionsschulen geprägt, so ändert sich dies durch die nun auch religiös mehr und mehr ausdifferenzierte Gesellschaft. Die Homogenität der religiösen Landschaft zerfällt. Der weltanschaulich-religiöse Pluralismus entzieht der traditionellen Fixierung auf die beiden großen Kirchen in der religionspolitischen Diskussion und Praxis allmählich den Boden – zugunsten einer breiteren Perspektive auf Religionen und Weltanschauungen. Damit eröffnen sich aber auch neuartige Konstellationen von gesellschaftlichen Konflikten, für die Regeln formuliert werden müssen. Das Bundesverfassungsgericht hat nun weniger Konflikte zwischen den Institutionen der Kirchen und des Staates zu entscheiden, sondern in Fällen, die auf das Individuum bezogen sind, zu urteilen. Deren religiöser Charakter liegt nicht von vorneherein auf der Hand. Beispielhaft seien genannt Themen wie „Beschneidung“, „Schächtung von Tieren“ und das „Kopftuch“ in Schulen. Die Themen, mit denen des BVerfG sich zu befassen hat, verlagern sich weg von den klassischen Konfliktthemen zwischen den Institutionen hin zu Fragen des individuellen Grundrechtes der Religionsfreiheit.

Allerdings: Religion ist gemeinschaftsbezogen. Sie ist Ausdruck der Lebensform und der Denkweise von Menschengruppen und Individuen. Mag es das persönliche Verhältnis des frommen Gemütes im Privaten zu Gott geben. Gelebte Religion ist gesellschaftlich – allein schon deshalb, weil der religiös motivierte Mensch nicht nur zu sich selbst, sondern sich immer auch zu anderen verhält.

Daher führt die Vielfalt der in einer Gesellschaft vorhandenen Glaubensüberzeugungen rechtlich erneut zurück zu Fragen des Verhältnisses von Staat zu den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Jetzt aber nicht mehr in der traditionellen Weise des Konfliktes und Zusammenwirkens von christlichen Kirchen und Staat, sondern z.B. von Zeugen Jehovas, islamischen, jüdischen, buddhistischen usw. Gemeinden. Viele überkommene, in der Vergangenheit entwickelte juristische staatskirchenrechtliche Kategorien, bilden die Konfliktlage nicht mehr der Zeit und neuen Problemstellung gemäß ab. Das Modell der „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ z.B. will nicht zur Struktur islamischer Gemeinden und deren Selbstverständnis passen. Die Aufforderung des Innenministeriums, sie mögen sich doch entsprechende, den Kirchen vergleichbare Strukturen schaffen, geht offensichtlich ins Leere. Das überkommene Staatskirchen-Recht zwischen den Institutionen des Staates und den christlichen Kirchen, die über Jahrhunderte gleichsam die Welt unter sich aufteilen konnten, ist als Regelungsmodell für die gegenwärtige Gesellschaft dieser Ausdifferenzierung der religiösen Welt nicht mehr gewachsen. Grundsätzlich sind nach Grundgesetz die bestehenden Verträge zur Regelung religionsverfassungsrechtlicher Fragen möglich. Sie müssen aber neu geprüft werden, ob sie jeweils dem Kriterium der durch das Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit, die für alle, die in der BRD leben gilt, gerecht werden. Nicht nur gutgemeinte Toleranz ist gefragt, wenn Konflikte ein friedliches Zusammenleben zu verhindern drohen.

Positiv ist in der hier von uns angeregten Diskussion zu bestimmen, auf welche Weise jedes Mitglied der Gesellschaft das Recht hat und das Recht leben kann, sich zu den von ihm eingegangen Bindungen zu bekennen.

In diesem Projekt, das wir vorschlagen, geht es mithin darum zu versuchen, gemeinsam unsere theoretische Position, unseren Standpunkt, unser Verhältnis und Verhalten zur Religion, zu den Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften neu zu erarbeiten und in der Erörterung zusammen mit ihnen religionsverfassungsrechtlich abgesicherte und tragfähige Formen zu suchen.

Matinee – Berichte von Eva Detscher

Teil 1: Geliebter Feind – Rechtsaußenparteien und die Europäische Union

Thilo Janssen hat auf der Winterschule Rechtsaußen-Parteien und ihr Wirken vorgestellt¹. Es handelt sich um das Parteienspektrum rechts von der Europäischen Volkspartei (EVP), zu der die CDU/CSU gehört. Ein paar Tage später im Januar hat sich diese Wahlverwandtschaft bekanntlich versucht zu inszenieren bei einem „europäischen Wahlkampfauftakt“ in Koblenz, wo Gastgeber AfD Frankreichs Front National mit Marine Le Pen und Niederlandes PVV mit Geert Wilders Mordsspektakel gemacht haben und wieder einmal aufgefallen sind mit Ausschluss von Journalisten und Reportern. Konkrete Kenntnis, genaues Hinsehen und Hinhören, Verstehen, was sich am rechten Rand abspielt wird immer wichtiger. Außerdem hilft der Blick von der übernationalen europäischen Ebene aus auf die national aufgestellten rechten Parteien für deren Bekämpfung.

In den Politischen Berichten vom Juni 2016 hat Rüdiger Lötzer die Broschüre von Thilo Janssen vorgestellt: „Geliebter Feind, Rechtsaußenparteien und die Europäische Union. Brüssel, Februar 2016“². Nach wie vor empfiehlt es sich, diese sorgfältig recherchierte Studie zu kennen, die konkret, sachlich hochqualifiziert und leider in ihrer Aktualität mehr denn je bedeutsam das rechte Parteienspektrum in Europa und deren spezielles Agieren auf europäischer Ebene untersucht (Zusammenfassung siehe Kasten).

Seit 2008 arbeitet Thilo Janssen auf europäischer Ebene, der spezifische Blick auf die sich selbst so bezeichnenden Rechtsaußen-Parteien gehört zu seinen Aufgaben. Die Übergänge zwischen den Parteien und Fraktionen sind fließend, mit dem Vertrag von Lissabon 2009 sind euroskeptische Positionen fester Bestandteil des Geschehens auf allen Ebenen des politischen Systems in Europa. Aktuell könnte man rein rechnerisch im EU-Parlament von einer rechten Mehrheit von 53 % ausgehen (siehe Bild 1 – Quelle: Europäisches Parlament) – was aber mit Vorsicht zu behaupten ist: es handelt sich auf keinen Fall um einen geschlossen agierende Block, die Mehrheiten wechseln und sind im Fluss.

Interessant ist die Entwicklung über die letzten Jahre weg von einer sozialdemokratischen hin zu einer rechts-konservativen Mehrheit. Dabei haben die Stimmen für die Rechtsaußenparteien seit 1999 kontinuierlich zugenommen:

Die rechten Fraktionen: Anteil der Sitze von Rechtsaußenparteien³

EU-Wahl 2014: 23 % / + EVP = 53 %

EU-Wahl 2009: 15 %

EU-Wahl 2004: 12,5 %

EU-Wahl 1999: 11 %

Der Wahlmodus für die einzelnen Nationalstaaten repräsentiert möglichst die dortigen Verhältnisse, immer bezogen auf die Gewichtung der jeweiligen Bevölkerungszahl. Da es in Deutschland bei der Europawahl 2014 keine Wahlhürde gab, findet sich z.B. Udo Voigt von der NPD im EU-Parlament.

¹ Quelle der Bilder und Datentabellen im vorliegenden Bericht: Folien des Vortrags, mit Dank an den Autor

² Rosa Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel (Hrsg.), Thilo Janssen, Geliebter Feind. Rechtsaußenparteien und die Europäische Union. Brüssel, Februar 2016. www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst__publikationen/geliebter-feind__Thilo__Janssen.pdf.

³ GUE/NGL: Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne • S&D: Sozialisten und Demokraten • VERTS/ALE: Grüne • ALDE: Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa • PPE: Christliche Demokraten • ECR: Europa der Konservativen und Reformisten • EFDD: Europa der Freiheit und Direkten Demokratie • ENF: Europa der Nationen und Freiheit • NI: Fraktionslose EU-Parlamentarier

Zusammenfassung der RLS-Broschüre

1. Der Begriff Rechtsaußen bezeichnet das politische Spektrum rechts von der Europäischen Volkspartei (EVP).

2. Die Rechtsaußenparteien sind stark wie nie, sie profitieren von den schweren politischen Krisen der EU. Bei der Europawahl 2014 konnten diese Parteien ihre Sitze auf rund 22 Prozent steigern – ein neuer Rekord.

3. Im EU-Parlament gibt es in diesem Spektrum drei Fraktionen und einige fraktionslose Abgeordnete:

- Fraktion Europa der Konservativen und Reformen (EKR): Diese setzt sich aus der britischen Konservativen Partei und der polnischen PiS zusammen mit AfD, Dänischer Volkspartei, den Wahren Finnen und anderen.

- Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie (EFDD): Das sind Nigel Farage's UKIP, die italienische Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), die Schwedendemokraten (SD) und andere.

- Fraktion Europa der Nationen und Freiheiten (ENF): Dies ist Marine Le Pens Fraktion mit Front National (FN), Geert Wilders' PVV, FPÖ, Lega Nord, Vlaams Belang und anderen.

- Fraktionslose Abgeordnete (NI): Bei den Abgeordneten ohne Fraktion sind die Rechtsextremen in der Mehrheit. Sie kommen von JOBBIK, der NPD und der Goldenen Morgenröte. Auch die FN-Dissidenten Jean-Marie Le Pen und Bruno Gollnisch sind fraktionslos.

4. Es gelingt den Rechtsaußenparteien bisher nur selten, ihre Macht von knapp einem Viertel der EU-Abgeordneten gemeinsam zu nutzen. Die drei rechtspopulistischen Europawahlsieger FN, UKIP und DF sind auf konkurrierende Fraktionen verteilt. Es ist vor allem der Extremismus der Anderen, der sich in antisemitischen, rassistischen oder frauenfeindlichen Skandalen ausdrückt, welcher bisher eine breite Front der Rechtsaußenparteien verhindert.

5. Der bislang größte gemeinsame Erfolg eines fraktionsübergreifenden Bündnisses der Rechtsaußenparteien war der Misstrauensantrag gegen die EU-Kommission von Jean-Claude Juncker im November 2014. Der Antrag brachte Le Pen und Co. in die Schlagzeilen, obgleich er von der Großen

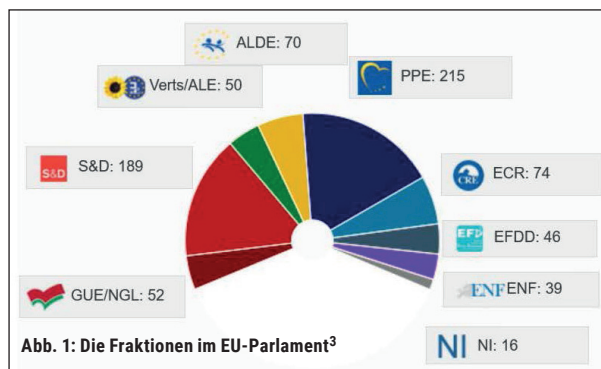


Abb. 1: Die Fraktionen im EU-Parlament³

Koalition um EVP und SozialdemokratInnen niedergestimmt wurde. Politisch wirkmächtig sind die Rechten vor allem dann, wenn sie nationale Regierungen beeinflussen können oder selbst in ihnen vertreten sind. Die bedeutendste Gefahr geht von einem möglichen Wahlsieg Marine Le Pens bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2017 aus.

6. Der regionale Vergleich zeigt: Rechtsaußenparteien sind vor allem im wirtschaftlich starken Norden und Westen der EU erfolgreich. Dem Erfolg zugrunde liegt ein sich in Zeiten der Krisen weiter ausbreitender Wohlfahrtschauvinismus, ein kollektiver Abwehrreflex. Dieser richtet sich etwa gegen ärmere ZuwanderInnen oder Finanztransfers in von der Krise stärker betroffenen EU-Staaten.

7. Die EU wird von Rechtsaußenparteien als Wurzel allen Übels dargestellt: Durch sie gebe es weniger Wohlstand, weniger Demokratie und kulturelle Überfremdung durch EinwanderInnen. (vgl. Decker 2006) Gleichzeitig profitieren die Rechten bedeutend von der EU. Unter ihren prominentesten PolitikerInnen und Parteivorsitzenden sind auffallend viele EU-ParlamentarierInnen, darunter Marine Le Pen und Jean-Marie Le Pen, Nigel Farage, Matteo Salvini, Bernd Lucke, Janusz Korwin-Mikke, Morten Messerschmidt, Udo Voigt, Roland Paksas oder Petr Mach. Sie nutzen die mediale Infrastruktur des EU-Parlaments, sie

zelebrieren ihre Auftritte in der Plenarversammlung und sie verwenden EU-Gelder in mehrfacher Millionenhöhe.

8. Geostrategisch streben die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien das Ende der EU und der NATO zugunsten eines Europas der Nationen an. Das rechtskonservative politische Establishment in Russland gilt als wichtiger Partner für die Parteien der ENF-Fraktion um FN, PVV, LN, FPÖ, VB sowie für die Neofaschisten von JOBBIK, ATAKA, CA und NPD. Russland gilt als konservative Macht gegen die USA, die EU und die kulturellen Freiheiten des Liberalismus. Es gibt regelmäßige Treffen, Konferenzen und offiziell verkündete Bündnisse zwischen RechtspopulistInnen aus der EU und VertretInnen der russischen Parteien Einiges Russland (ER) und Vaterland (Rodina).

Die rechten Fraktionen

Thilo Janssen hat sehr detailliert und aufschlussreich die einzelnen Fraktion der Rechten vorgestellt. Trivial ist das ganze nicht, sondern es gibt Übergänge zwischen den Fraktionen, Parteien sind über Einzelmitglieder in mehreren Fraktionen vertreten, taktische und strategische Kalküls spielen eine Rolle – im Folgenden sollen ein paar Gesichtspunkte herausgegriffen werden.

Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten (EKR): aus 17 Staaten sind hier Parteien wie die britischen Conservatives, die polnische PiS und die deutsche ALFA neben den wahren Finnen und der dänischen Volkspartei.

In der Fraktion EFDD tummeln sich u.a. Nigel Farage von der britischen UKIP und Beppe Grillo's italienische 5-Sterne-Bewegung, aber auch Beatrix von Storch (AfD), Schwedendemokraten und die „Recht und Ordnung-Partei“ aus Litauen. Die Gesichter der Fraktion Europa der Nationen ENF sind u.a. Le Pen (FN Frankreich), Strache (FPÖ Österreich), Pretzell (AfD), Wilders (PVV Niederlande), Lega Nord (Italien), Vlaams Belang (Belgien), aber auch UKIP (Großbritannien) finden sich

dort. Diese Fraktion will einen gemeinsamen europäischen Wahlkampf führen. Die folgende zitierte Folie bringt Argumentationslinien auf den Punkt:⁴

EU als „konkreter Schuldiger“ der Globalisierung (Decker 2006)

ENF als ... „Fraktion der Patrioten, ... gegen die schwächliche europäische Union ... die Verkörperung aller Übel, unter denen die Nationen unseres europäischen Kontinents leiden“ ... (ENF 2015)

Rechtsaußenparteien als „Verteidiger“ ...

... 1. Nationale Kultur vs. Islam / Linksliberalismus

... 2. Nationale Wohlfahrt vs. Einwanderer / EU-Finanztransfers

... 3. Nationale Demokratie vs. EU-Bürokratie / globale Eliten

Antisemitismus und Antizionismus spielen ebenfalls eine Rolle, hier gibt es aber Unterschiede, wie auch z.B. Beate von Storch (alter Adel aus dem Osten) die Forderung nach Rückgabe von „altem Land“ (früheres DDR-Gebiet) oder Lebensschutzkampagnen in dieser Fraktion beheimaten will. Die Positionen im Wirtschaftsbereich sind extrem.

⁴ Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 9-32.

Der Tatsachenbericht von Thilo Janssen hat viele Details ins Licht gerückt, die das Ausmaß der Strategie dieser Rechten erahnen lassen: es besteht ein Plan, wie sie Europa aufrollen wollen, und seit 2013 nimmt der Plan gehörig an Fahrt auf. In der Diskussion auf der Winterschule wurde noch klarer, wie dieser Plan die EU als Ressource einkalkuliert: Zugriff auf EU-Gelder über Fraktionsbildung, Gründung von Stiftungen usw. Gleichzeitig ist als Feind ist mit dem Schlagwort „Brüssel“ die EU ausgemacht (daher auch die Wahl des Titels von Thilo Janssens Studie). Das EU-Parlament wird als Basis für EU-Karriere benutzt und das tagende Parlament als Bühne. Die Achse Paris–Berlin–Moskau als geostrategisches Alternativprojekt, zurück zum Veto-Recht, Machtverschiebung zu den Nationalstaaten – das alles zielt auf die in der EU verankerten Freiheitsrechte der besitzlosen Massen. Als Kanonenfutter taugen sie allemal.

Die differenzierte Betrachtung und das genaue Hinsehen ist unabdingbar für eine Gegenstrategie von demokratischer Seite her: die Links-Rechts-Spaltung im Europäischen Parlament ist – so scheint es – nur noch bei kulturellen Fragen eindeutig, ansonsten ist der Kampf um die Meinungshoheit und um die Mehrheiten offen und voll entbrannt. Z.B. werden die kurzen Videos, auf die jeder Redner im EU-Parlament

das Recht hat, als Tribüne für üble Beschimpfungen und eine politische Kultur genutzt, wie sie Trump erfolgreich einsetzt. Einfache Urteile, z.B. über die 5-Sterne-Bewegung in Italien (im EU-Parlament zählt sie eher zum linksliberalen Flügel) sollte man vermeiden, ökonomische Fakten müssen besser verstanden werden (der Binnenmarkt ist so komplex in der Realität, dass die einfachen Vorstellungen wie „raus aus dem Euro“ verheerende Folgen für viele hätte), Äußerungen wie die von Gabriel zum Streichen des Kindergelds für ausländische Arbeitnehmer sind in vielerlei Hinsicht absolut falsch und arbeiten den Rechten in die Hände. Das größte Problem für die demokratische und spezielle für die linke Bewegung in Europa ist die Tatsache, dass sich diese Realität nicht abbildet in den Diskussionen. – To be continued – wir müssen dranbleiben.



Bild 3: Neujahrsgruß von Matteo Salvini, Lega Nord, 21.12.2016

Teil II: In der Kritik: Marc Jongen: „SEIN UND RAUM“ – Ideologiestiftende Theoriebildung bei der AfD

„Ist es überhaupt notwendig, sich mit Originaltexten und Theoriegebäuden des politischen Gegners zu beschäftigen?“ „Auf jeden Fall!“, war das einhellige Ergebnis der Diskussionen bei der Winterschule der ArGe. Im Folgenden wird der Aufsatz „Sein und Raum“¹ von Marc Jongen kurz dargestellt und die Diskussion in der Form aufgeworfener Fragen dokumentiert. Dr. Marc Jongen ist der als „Parteiphilosoph der AfD“ gehandelte Bundestagskandidat (3. Listenplatz) aus BaWü. Er ist u.a. Mitglied in der Bundesprogrammkommission der AfD.²

Die Frage der Existenz – Welchen Weg weist Jongen zur Beantwortung dieser Frage? Das von ihm präsentierte Welt-erleben liest sich in der hier vorgestellten Schrift als eine Art solipsistische³ Deutung der Existenz: Unendlich allein und verloren findet sich der Mensch in der Weite des unendlichen und unausdeutbaren Weltalls. Die Bezeichnung „Mensch“ kommt so quasi nicht vor. Nicht ohne Grund wird von der konkret fassbaren Person zum tiefsinnigeren oder vielleicht auch diffuseren Objekt der Untersuchung „Das Sein“ oder „Das Innen“ gemacht. Jedenfalls ist der Mensch, folgt man den Ausführungen Jongens, nie in der Lage, „das Innen und das Außen“ „in Deckung zu bringen“ – „Der Mensch erlebt sich als Punkt im Raum, als geschlossene Sphäre.“

Existent ist das Sein, aber es ist allein – und dennoch ist es fähig zum Blick auf die Welt. Wie kommt das Sein zur Beziehung zu allem, was nicht es selbst ist?

Zur Beantwortung dieser Frage zitiert Jongen ein Gedicht von Rilke:⁴

„Durch alle Wesen reicht der eine Raum:
Weltinnenraum. Die Vögel fliegen still
durch uns hindurch. O der ich wachsen will,
ich seh hinaus, und in mir wächst der Baum.“

Jongen greift hier explizit auf Heidegger⁵ zurück und erklärt die dichterische Sprache zum „Haus des Seins“ – Heidegger schränkte „Sprache“ auf das „heilige Griechisch“ oder „Deutsch“ und auf „eine Sprachschicht unterhalb der begrifflichen Ebene“ ein, im „Gegensatz zur Philistersprache oder zur beliebigen modernen Fach- oder gar Plansprache“ – sei die Hülle, eine Heimat, in der das unzugängliche Gegenüber seine

Fremdheit verliere. Nach Jongen ist der Gefühlsraum „Sprache“ der einzige Zugang zum unzugänglichen Gegenüber.⁶

Der Philosoph Jongen liefert dem Politiker Jongen die Theorie: Der so eingeführte im Gefühlsleben erfahrene Raum ermöglicht den Verweis auf den politischen Raum und verweist somit auf real fassbare Gebietskörperschaften. Der zuvor unendlich Alleinige findet sich im Zuge des philosophischen Gedankens plötzlich im Sozialraum wieder – und schon ist das Völkische (durch den gemeinsamen Sprachraum) und das Nationale (umgrenzter Bereich) der einzige Raum, dem sich der Mensch zugehörig fühlen kann. Die Erwähnung eines Namens wie „Rilke“ wird mit einem Gefühl verknüpft – Zugehörigkeit aufgrund eines postulierten Gemeinsamen: zuerst wird der Einzelne als verloren im Raum dargestellt und ihm dann die Brücke gegen die trostlose Einsamkeit über diesen Gefühlsraum Sprache angeboten. Der Mensch als ein Punkt im Raum: „Unser Aufenthaltsort als Menschen kann stets nur eine „Innenwelt“ sein – eine „Sphäre“ ohne Möglichkeit eines Erkennens des Gegenübers. Alles, was nicht „Ich“ ist, ist „Raum“, „Ich“ ist „Innen“, „Raum“ ist „außen“ – gegen diese Gefühl des Hineingeworfenseins in ein nicht erkennbares Außen hilft nur die gefühlte Zugehörigkeit. An diesem Punkt ist es nur noch ein kleiner Schritt zur völkischen Gemeinschaft: ausgehend von der Sprache, die im Familienzusammenhang angeeignet wird, wäre die Blutsverwandtschaft das nächste Glied in der Kette, dann das Verbreitungsgebiet – der Boden kommt ins Spiel – um schließlich in die völkische Organisation öffentlicher Angelegenheiten zu münden.

Erweiterung des Punktbildes durch Einführung weiterer Dimensionen – aus Raum wird Hyperbild („Hyper“ steht für mehr als 3-dimensional) – Bei Jongen wird der Raum als etwas vom Ich Getrennten dargestellt. Dabei entsteht der Eindruck, dass Jongen diesen Begriff unscharf benutzt, vielleicht sogar absichtsvoll – das kann hier nicht beurteilt werden. Im Welterleben des Jongen’schen Seins hat es jedenfalls keine Bedeutung, dass Raum sich erst dadurch aufspannt, dass es viele Ichs, viele Verschiedene gibt und dass diese vielen Verschiedenen in Kommunikation und Kooperation treten. Dies

hätte natürlich ganz andere Konsequenzen und das Ich könnte nicht mehr so einfach in ein sprachliches national-kulturelles Gehäuse aufgehoben werden. In dem so dargestellten Gehäuse findet sich nicht die Welt der Produktion (wie wäre sie und Technik ohne Kooperation möglich) – das fällt auch Jongen auf: „Hinter dem Horizont dieses »Weltinnenraums« tut sich der Abgrund des unassimilierbaren Außen auf, in dem auch die noch so weite Sphäre schwebt wie eine zerbrechliche Seifenblase im leeren Raum. Diese Kugel ist bedroht und längst aufgesprengt von einem Sein neuen Typs, das aus dem ontologischen Off in den alten Weltinnenraum einwandert und sich dort – wie aus dem Nichts – materialisiert. Sein populärer Name lautet: Technik (von gr. Techné). Die aus Berechnungen und Operationen entstandenen technischen Artefakte haben aufgehört, poetisch (von gr. poiesis) verfasst zu sein, können also mit den Mitteln (alt)menschlichen Denkens nicht mehr verstanden werden.“ Jongens (neu)menschliches Denken fordert „Imagination“. Diese spielt sich im Kopf des einzelnen ab und ist je nach Betrachter verschieden: So bringt er die Welt zurück auf die Psyche Einzelner. So versucht Jongen das entworfene Ideengebäude logisch zu schließen: „Technisches Sein, das verstanden wird, ist Hyper-Bild.“

In der Diskussion bei der Winterschule der ArGe aufgeworfene Fragen und Fragmente möglicher Antworten

Sollen sich Linke überhaupt einlassen auf die Weltdeutungen dieses AfD-Politikers? Das ist m.E. unumgänglich. Wenn nicht die Logik dieser Denkweise und ihrer Genesis gekannt und erkannt werden,⁷ wird sich der politische Kampf gegen AfD nicht über reflexhafte Reaktionen auf immer neue Provokationen hinaus entwickeln. Egal, wie die AfD argumentiert und welche Interessen sie vorgeblich vertritt – ohne den national-völkischen Gedanken darin zu erkennen, besteht die Gefahr einer schwachen oder falschen Kritik, eines „Auf den Leim“-Gehens. Für das erfolgreiche Funktionieren der AfD als Wahlpartei unter den Bedingungen des Parteiensystems im demokratisch verfassten Rechtsstaat braucht es eine Theorie im Hintergrund: man kann nicht gegen alles sein, man muss zu allem etwas sagen. Unvorbereitetes und Unerwartetes muss eingepflegt werden können, die Theorie muss stimmig, nachvollziehbar und in den Einzelteilen in Deckung gebracht werden können. Nur so kann eine politische Strategie entwickelt werden, die Anhängerschaft erzeugen soll. Ganz aktuell: Adressat Pegida als Wähler gewinnen z.B. durch selektiven Ausschluss von Pressevertretern von der Berichterstattung über eine Konferenz mit dem Titel „Freiheit für Europa“ in Koblenz am 21. Januar mit Vertretern der EU-Fraktion EFN („Europa der Nationen und der Freiheit“) u.a. Marine Le Pen,

Geert Wilders, Matteo Salvini, Frauke Petry.

Ist es notwendig, zwischen der Verknüpfung der AfD-Funktionselementen zu den Anhängern (Wählern) und der inneren Diskussion in der AfD-Elite zu unterscheiden? Unbedingt. Das Zugehörigkeitsgefühl zum völkischen Raum hat die Unterordnung unter ein führendes Prinzip und am Ende unter einen Führer als immanentes Element: der Einzelne, unfähig zum Erkennen (Kommunizieren, Kooperieren) hat die Möglichkeit zum kollektiven Handeln nur durch Befolgen von Vorgaben. Dafür soll die Anhängerschaft mürbe gemacht werden.

Wirkt der Rückgriff auf Gedichte von Rainer Maria Rilke tatsächlich ideologiestiftend? Auch wenn vielleicht wenige Menschen Rilke gelesen haben, genügt die Kenntnis des Namens Rilke, um einen spezifischen Sprach- und Kulturraum anzusprechen. Der diffuse Sprach- und Kulturraum wiederum ist verbunden mit einem geographischen Gebiet, in dem diese Sprache gesprochen, diese Kultur gepflegt wird. „Rilke“ steht hier nicht für den Menschen Rilke, sondern dafür, was die Heideggers und Jongens mit der Nennung des Namens hervorrufen möchten.⁸

Muss sich die Linke mit Raumphilosophie und mit Raumtheorien wie relationaler Raum oder Behälterraum beschäftigen und die Auseinandersetzung darum suchen? Diese Fragen sind schon seit langem vakant, sie erfordern große Aufmerksamkeit und theoretische Anstrengungen. Die Befassung böte eine Chance, fallorientiert und konkret den ideologischen Betrugereien auf die Schliche zu kommen. In der Soziologie finden sich diese Theoriebildungen unter dem Titel Sozialraum wieder. In der Wirtschafts- und Standorttheorie ist sie nicht mehr wegzudenken, dort trifft man auf Raumbilder, die von Wirtschaftssubjekten angelegt werden.

Ausblick

Ein großer Fehler wäre, die Anstrengungen der AfD zur kulturellen Durchdringung der Gesellschaft zu unterschätzen. Nötig ist die Auseinandersetzung mit rechten Theorien, auch mit der, die nicht nach außen wirksam erscheinen, sondern eher die innerelitäre Auseinandersetzung und Ideologiebildung betreffen. Die Theorien Jongens laufen auf einen Entfaltungsbegriff des Individuums hinaus, das auf dem Wege der Imagination immer mehr einverleibt. Der gedanklichen Einverleibung folgt logische die tatsächliche in der Form der Unterwerfung des Anderen. Der daraus abgeleitete Vorschlag, die Komplexität der Welt durch Herrschaft zu bewältigen, stellt das eigentliche politische Problem dar. Dagegen stünde die Idee der Bewältigung der Komplexität durch gelingende Praxis, durch Übereinkunft in Kontingenten, durch wissenschaftliche Verifikation im Objektiv-Konstruktiven.

1 „Sein und Raum – Scholien zum „ungeschriebenen Über-Buch der abendländischen Philosophie“, erschienen in „Philosophie des Raumes, Standortbestimmungen ästhetischer und politischer Theorie“, Hrsg.: Marc Jongen, © 2008 Wilhelm Fink Verlag. München

Anm. d. Verf.: Alle Zitate im Text, die nicht mit Quellenhinweis versehen sind, stammen aus dieser Schrift.

2 Zur Person ein Zitat aus Jungle world vom 26.12.2016: „Im akademisch-philosophischen Leben wird Jongen an der Karlsruher Staatlichen Hochschule für Gestaltung als »Akademischer Mitarbeiter für Philosophie und Ästhetik« sowie »Leiter des International Office« geführt, in seinem Leben im politischen System steht Jongen auf der Gehaltsliste der AfD und reüssiert für diese als, wie der »politischen Kurzvita« auf seiner Website zu entnehmen ist, »Direktkandidat der AfD für den Bundestag im Wahlkreis Karlsruhe Stadt (4,0 Prozent Erststimmen, 5,6 Prozent Zweitstimmen)«, zudem »als stellvertretender Sprecher der AfD Baden-Württemberg, Mitglied der Bundesprogrammkommission«. Zudem wurde er »mit 44 Prozent der Stimmen knapp nicht als Beisitzer in den Bundesvorstand der AfD gewählt« und habe ebendort einen »kometenhaften Aufstieg« hinter sich »zum »AfD-Hausphilosophen« (Taz), der »seiner konservativen Protestpartei ein intellektuelles Fundament geben will« (Schweizer Monat).“ Quelle: jungle-world.com – Archiv – 43/2016 – Dschungel – Der AfD-Hausphilosoph Marc Jongen ist ein politischer Brandstifter

3 Als Solipsismus (lat. solus: „allein“ und ipse: „selbst“) wird in der Philosophie die These bezeichnet, dass nur das eigene Ich existiert. Häufiger Ausgangspunkt solcher Bedenken ist die Auffassung, dass es unmöglich sei, Gewissheit über eine Realität außerhalb des eigenen Bewusstseins zu erlangen.

4 Rainer Maria Rilke (geb. 1875 in Prag, gest. 1926 in Montreux)

5 Martin Heidegger (* 26. September 1889 in Meßkirch; † 26. Mai 1976 in Freiburg im Breisgau) war ein deutscher Philosoph. Er stand in der Tradition der Phänomenologie (vor allem Edmund Husserls), der Lebensphilosophie (besonders Wilhelm Diltheys) sowie der Existenzdeutung Søren Kierkegaards, die er in einer neuen Ontologie überwinden wollte. Die wichtigsten Ziele Heideggers waren die Kritik der abendländischen Philosophie und die denkerische Grundlegung für ein neues Weltverständnis.

1926 entstand sein erstes Hauptwerk Sein und Zeit, das die philosophische Richtung der Fundamentalontologie begründete (publiziert 1927). (zitiert nach Wikipedia)

6 Der Dichter und Denker „zeugt aus dem Wort“ und dieses Zeugen wird Wirklichkeit, Bezeugen und Erzeugen. Daraus folgert Jongen die raumerschließende Kraft dieser elementaren dichterischen Sprache im Gegensatz zum „Begriffsgespinnst falscher Raumtheorie“.

7 Jongen selbst bezieht sich – soweit der Verfasserin des Berichts bekannt – explizit u.a. auf Carl Schmitt, Martin Heidegger, Peter Sloterdijk. In welcher Denktradition er steht, wäre Gegenstand weiterer Untersuchungen.

8 Es kann hier nicht ausgeführt werden, dass die Person Rilke diesen Missbrauch seines Werkes nicht hergibt.

Wegemarken der Emanzipation / Kalenderblätter Von Rolf Gehring

Die Idee, emanzipatorische Entwicklungen beschreibend als verändernde Praxis zu dokumentieren und die Ausgangsthese, dass es keine allgemeine Entwicklung, sondern verästelte und eigene Wege in Ländern und Regionen gibt, hat sich als attraktiv erwiesen. Attraktiv in dem Sinne, dass sie vermittelbar ist und doch durchaus auf viel Gegenliebe stößt.

Hier und da begegnet uns ein gewisses Unverständnis bezüglich des Konzepts der Selbsttätigkeit. Angesprochene fangen sofort an zu überlegen, ob sie einen Historiker kennen oder in der Gewerkschaft eine entsprechende Abteilung existiert. Dass keine Expertendiskussion oder universitäre Auslegungsfragen gewünscht sind, sondern uns klar ist, dass es subjektiv gefärbte Zeitleisten und natürlich auch Kalenderblätter sind, findet sowohl Verständnis als auch Sympathie, der Reflex bleibt – halt inkorporierte Praxis.

Ein Problem eigener Güte bleibt natürlich die Sprache, mindestens auf vier Ebenen.

Die erste und praktisch nicht zu unterschätzende ist die der Kommunikation. Nicht umsonst waren die ersten Kalenderblätter aus dem deutschsprachigen Raum, da geht es noch. Ansonsten ist es aber überwiegend so, dass die Beteiligten sich in der Zweitsprache Englisch begegnen. Die Kommunikationswege sind Mail und Telefon, seltener die persönliche Begegnung. Oft müssen Gegenstände oder auch Verabredungen dann doch zweimal besprochen werden. Es wäre in diesem Zusammenhang doch sehr gut, wenn wir die Betreuung auf mehrere Schultern verteilen können und sich aus dem engeren Kreis der Beteiligten/Autoren Menschen finden, die ein Land betreuen (wie z.B. Matthias/Frankreich; Rosi/Norwegen;

Claus/Spainien). Am besten ist es in diesem Zusammenhang auch, wenn die Autoren in ihrer Muttersprache arbeiten, die dann ins Deutsche übersetzt wird. Ansonsten haben wir mehrere Vorgänge, in denen die Darstellung leiden kann. Erstens im Kopf des Autors, der von seiner Muttersprache ins Englische übersetzen muss, dann beim Übersetzer vom Englischen ins Deutsche.

Die zweite Ebene betrifft den Produktionsablauf bei der Erstellung der Kalenderblätter selbst. Wir brauchen Zeit für die Übersetzung mindestens des Hauptartikels. Dieser ist wiederum nicht unwichtig für die Autoren der weiteren Projektteile. Er sollte also frühzeitig vorhanden sein. Die Übersetzung mit professionellen Übersetzern hier in Brüssel braucht zwischen drei und fünf Tagen – kann in Druckperioden aber auch mal etwas länger sein. Es wäre in diesem Zusammenhang gut, die Sprachen zu erfassen, die wir selbst übersetzen können. Daneben taucht auch das Problem auf, dass hier Dokumente von den Autoren genannt werden, die dann noch zu bearbeiten sind.

Ein gewisser Vorlauf ist notwendig – anzustreben wären aus meiner Sicht den Hauptartikel zwei Wochen vor Redaktionsschluss zu liefern.

Die dritte Ebene betrifft die Finanzierung. Die Kosten für eine Seite Politische Berichte liegen zwischen 150 und knapp 300 Euro. Die beeinflussenden Parameter sind die Sprache und das gewählte Übersetzerbüro. Die Qualitäten variieren ebenfalls erheblich.

Wir brauchen also Finanzierungsquellen, da wir auch mit viel Mühen die benötigten Übersetzungen nicht komplett selbst machen können.

Eine nächste Gelegenheit, die Arbeit am Thema Bekenntnis (s.a. ArGe-Prokoll) fortzusetzen, bietet sich bei der offenen Arbeitstagung des Vereins für Politische Bildung, LINKE Kritik und Kommunikation am Samstag/Sonntag, den 8. und 9., in Mannheim. Das Programm der Tagung sowie Infos zur Anmeldung sind in den Politischen Berichten 2/2017 ausgeführt.

Hier die Einladung zur Arbeitsgruppe (Samstag):

In der BRD droht ein Kulturkampf: Eine demokratische Religionsverfassung als linker Gegenentwurf

Aktueller Anlass: der Streit um die Hamburger Verträge mit den Islamverbänden.

Wir wollen dazu lehrreiche Analogien in der deutschen Geschichte beobachten.

Vorbereitung und Einleitung: *Karl-Helmut Lechner*, Norderstedt. **Input:** *Christiane Schneider*, Hamburg

1. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes

Die Entwicklung der Rechtsprechung des BVerfG seit 1949: Der weltanschaulich-religiöse Pluralismus entzieht der traditionellen Fixierung auf die beiden großen Kirchen in der religionspolitischen Diskussion und Praxis allmählich den Boden – zugunsten einer breiteren Perspektive auf Religionen und Weltanschauungen. Die Begriffe von „Laïcité“ und „Laizismus“ sind nicht zur Klärung geeignet. Was taugt die sogenannte „hinkende Trennung von Kirche und Staat“ in der BRD (Artikel 140 GG)?

2. Der Streit um Gemeinschaftsschule in verschiedenen Bundesländern

Die unter dem Vorzeichen der Volksgemeinschaft von den Nazi 1937/38 durchgesetzte Entkirchlichung der Volksschulen wurde nach 1945 abgeschafft. Die evangelische bzw. katholische Bekenntnisschule wurde zur Regelschule. 1968 wurde dann z.B. in Bayern durch Volksentscheid die „christliche Gemeinschaftsschule“ eingeführt.

Unser Ziel ist eine Schriftenreihe, um das Thema für die politische Diskussion aufzubereiten. Sehr herzlich bitten wir um Mitarbeit!

3. November 1918: Der Kampf um die Trennung von Kirche und Staat

In den Kämpfen der revolutionären Regierungen z.B. in Preußen, Thüringen und Bayern ging es heftig um die staatliche Schulaufsicht. Die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche zielte nicht auf Akzeptanz religiöser Entfaltungsfreiheit. Sie sollte eine radikale Laisierung des öffentlichen Lebens vorbereiten. Verhandlungsstationen zur Weimarer Verfassung sind interessant.

4. Etappen des „Kulturkampfes“ der Jahre 1871 bis 1887.

Der seit 1803 erstarkte Katholizismus in seiner fundamentalistisch-ultramontanen Form wird für die preußisch-protestantischen Reichsgründer zur „Schwarzen Internationale“, zum Reichsfeind. Bismarck bekämpft im Bündnis mit den Nationalliberalen die Katholische Kirche. Diese hat im „Zentrum“ ihre Partei und in Papst Pius IX. (Ultramontanisten) den wichtigsten Bündnispartner. Beide Seiten stilisierten die Juden zum Erzfeind des Christentums. Bismarck hat diesen „Kulturkampf“ nicht gewonnen. Der Preis liberaler Errungenschaften (Zivilehe; Austritt aus der Kirche) ist bezahlt mit der Spaltung der Bevölkerung in ein protestantisches und katholisches Lager über 1945 hinaus.

Auf einer vorerst letzten Ebene besteht das Problem bei der Gestaltung der Internetseite. Die Zeitleisten bilden hier die Basis, die Kalenderblätter werden dokumentiert, das Herzstück sollten allerdings die weiterführenden Informationen sein. Hier müssen wir zu Verfahren kommen, wie die Quellensammlung organisiert werden kann. Wir können allerdings das Problem nicht aushebeln, dass die Sammlung beschränkt bleibt, nämlich auf deutsche und englische Quellen. Stand jetzt ist, dass wir diese beiden Sprachen einspeisen. Bisher trug Martin Fochler mehr oder weniger die alleinige Last beim Einspeisen der Daten. Stephen Schindler und Rolf Gehring haben eine Einführung bekommen und sind in der Lage neue Datensätze (Zeitleisten) einzuspeisen.

Zuständigkeiten/Patenschaften für jedes Land sollten angestrebt werden.

Bezüglich der Projektierung sind wir mittlerweile in der Lage eine rollierende Planung vorzulegen, die jeweils die nächsten drei Monate umfasst. Da jedoch hier und da die Verlässlichkeit nicht 100% ist, wäre es gut, wenn wir ein oder zwei Pufferprojekte hätten, die im Zweifelsfalle eingesetzt werden könnten.

Linken-Arbeitsgemeinschaft (ArGe) Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Erfurt, am 7. Januar 2017, Samstag, 12.30 bis 15 Uhr. Protokoll: Eva Detscher / Martin Fochler. Versammlungsleitung: Brigitte Wolf (Siehe auch Einladung PB 12/2016)

AK Kommunikation konstituiert

Die vom Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation getragene Zeitschrift „Politische Berichte“ steht der ArGe seit Jahren für die Veröffentlichung von Verbandsmitteilungen und inhaltlichen Beiträge offen. Auf der von diesem Verein betriebenen Plattform www.linkekritik.de werden neben anderen Publikationen auch die Rundschreiben der ArGe gesammelt bzw. archiviert. Im letzten Jahr ist die Kooperation bei dem Projekt „Wegemarken / Kalenderblätter“ hinzugekommen (siehe ArGe Rundbrief vom Oktober 2016). Auf diese Weise hat sich bei www.linkekritik.de unter Obhut des o.g. Vereins Datenbestand angesammelt. Die ArGe, die zu diesem Datenbestand beiträgt, hat dessen Vorschlag aufgegriffen, einen AK Kommunikation einzurichten, der den Datenbestand in Kooperation zu verwaltet.

Zweck des AK Kommunikation:

In der ArGe, dem Verein [linkekritik.de](http://www.linkekritik.de) bzw. von diesen geförderte Projekten publizistisch Aktive teilen sich mit Rücksicht

Besprechung von Textsorten und deren Präsentation

Die einzelnen Punkte wurden durch Erfahrungsberichte aus der Redaktionsarbeit (Barbara Burckhardt, Eva Detscher, Martin Fochler, Rolf Gehring) eingeleitet. Im folgenden sind Ergebnisse festgehalten.

1| Politische Berichte – Empfehlung zum Umfang der Beiträge. Die „Politischen Berichte“ sind eine an die Aktualität gebundene Monatszeitschrift. Die aus dem Impressum ersichtliche Struktur der Redaktion macht deutlich, dass sich die Zeitschrift aus Nachrichtenübersichten (Quellen, zumeist Internetseiten) und Themenbeiträgen (Autorinnen und Autoren) zusammensetzt, die sich an ein allgemein politisch interessiertes Publikum wenden. Die Themen ergeben sich im Zusammenspiel von Dringlichkeit der Sache und Angeboten aus dem Kreise der Autor/inn/en. Bei der Planung des Umfangs solcher Berichte gehen wir von einem der Sache dienlichen und dabei lesbar bleibendem Volumen von mindestens einer Spalte und maximal sechs Spalten (eine Doppelseite) aus.

Anmerkung: Die Politischen Berichte stehen der ArGe für

Derzeit hatte Martin angekündigt, Vorarbeiten zur Entstehung des dualen Systems eventuell in ein Kalenderblatt umzuformen.

Diejenigen, die ein Land betreuen, sollten auch darüber nachdenken, welches Datum/Thema sie vorschlagen können. Dort wo eine Zeitleiste erstellt wurde, haben wir immer auch einen Kontakt in das Land, und es wäre schon das Ziel, dass der Hauptartikel von jemandem verfasst wird, der aus dem Land kommt. Dieser Kontakt läuft bisher wesentlich über mich, das muss aber nicht so bleiben.

Das Projektteam und alle Beteiligten sind aufgefordert, an der Projektierung mitzuarbeiten / Vorschläge einzureichen, Kontakte zu Ländern herzustellen.

Für die konkrete Planung der nächsten Monate sieht es folgendermaßen aus:

Januar 2017 – Dänemark – Septemberabkommen

Februar 2017 – Italien – Substitution gefährlicher Arbeitsstoffe bei Farmitalia – Selbstorganisation

März 2017 – Spanien – Das Recht auf Bildung (angefragt)

April – Frankreich – Thema offen

Mai – Belgien – Thema offen.

auf die presse- und verlagsrechtlichen Pflichten des Betreibers die mit der Pflege der bei linkekritik.de eingelieferten Daten verbundenen, redaktionellen, archivarischen und technischen Arbeiten. Über den Sachstand wird den Förderern der Plattform, namentlich dem Verein für Politische Bildung Linke Kritik und Kommunikation und der Linken-Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung regelmäßig berichtet.

Aktueller Personalstand: Archivbetreuung / Datenpflege: Barbara Burckhardt, Christoph Cornides, Eva Detscher, Martin Fochler (auch Technik u. Programmierung), Rolf Gehring, Thorsten Jannoff, Rosi Steffens, Holger Wagner (auch Technik u. Programmierung).

Zur Strukturierung des Web-Auftritts und seiner arbeitsteiligen Pflege (sowie von Möglichkeiten der Verknüpfung mit anderen Auftritten in der virtuellen Welt) wird bereits am 20. Januar 2017 ein Arbeitstreffen stattfinden.

Verbandsmitteilungen und Beiträge offen.

2| ArGe-Rundbrief. In den ArGe-Rundbriefen, in denen auch die Berichte zur Linken Schule erscheinen, geht es zumeist darum, Stoffe aus dem Bereich der Wissenschaft in die politische Bildungsarbeit zu transferieren. Somit haben die Beiträge oftmals den Charakter von Protokoll & Dokumentation unter Wahrung der persönlichen Autorenschaft (Ziel der Linken Schule ist nicht die auf eine Endvereinbarung hinzielende Unterrichtung, und auch die Berichterstattung soll nicht einengen, sondern der Fortführung des Diskurses dienen). Die Rundschreiben richten sich an Leute, die sich mit dem Diskussionsprozessen der ArGe näher beschäftigen und den Werkstattcharakter der Beiträge akzeptieren. Obwohl knappe Darstellung immer gut ist (Zeit der Leserschaft / Kosten der Bereitstellung), wären Formvorschriften hier fehl am Platze.

3| Projekt „Kalenderblatt / Wegemarken“. Die Entwicklung dieses Projekts wird in Form der zu jedem neuen

Kalenderblatt erscheinenden und auch im Internet dokumentierten Sachstandsberichte nachverfolgt werden. Die Arbeit an den Kalenderblättern belegt, dass aus dem Kooperationszusammenhang so etwas in der Art von Unterrichtsblättern entstehen können. Bei der Kombination von (a) Hinweis aufs Ereignis (Wegemarke-Zeitleiste), (b) Darstellung des Kontextes (Kalenderblatt) und (c) Sammlung von Quellen (Webseite) ergibt sich, dass die jeweils knappe Beschreibung in der Zeitleiste durchaus Anhaltspunkte dafür bietet, dass die Begrenzung des Kalenderblatts auf zwei DIN-A4-Seiten (Doppelseite) unbedingt eingehalten werden muss und für die Einstellung von Quellenmaterial Hinweise zu erarbeiten sind.

4| Neues Format: Quellenhefte. Die fortdauernde Arbeit an Themenkomplexen macht es denkbar, zu entsprechenden Themen kommentierte Quellensammlungen zu erarbeiten. Ziel wäre es, am Thema interessierten Adressaten einen Eindruck vom Stand der Forschung und der politischen Bedeutung zu geben. Nach den Erfahrungen der Versammelten ist es sinnvoll, solche Arbeiten von vornherein im Umfang zu begrenzen. Zur Mitarbeit an einem derartigen Objekt wird durch Ausschreibung eingeladen. Ein erster Versuch (Kulturkampf / Reichs-

gründung) wird von Karl-Helmut Lechner und Edda Lechner vorbereitet.

5| Archivierung. Inzwischen ist die Sammlung von Publikationen und die Beschreibung darin enthaltener Beiträge so weit gediehen, dass eine Überprüfung der Systematik vorgenommen werden kann (weil genug Stoff da ist) und auch muss (weil evtl. auch rückwirkende Überprüfung sinnvoll ist). In der Diskussion wurden wir uns einig, dass die Sammlung www.linkekritik.de zwar öffentlich zugänglich ist, aber als Arbeitsplattform vor allem der gesammelten Autor/inn/en bzw. Redaktionen funktionieren muss. Wir setzen Nutzerinnen und Nutzer voraus, die bereit sind, sich mit der Funktionsweise dieser Sammlung auseinanderzusetzen.

6| Konzept und Nutzungsmöglichkeiten von linkekritik.de werden in einer Gebrauchsanleitung dargestellt. Ein Entwurf wird bei der am 8./9. April in Mannheim angesetzten Jahresversammlung des Vereins für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation vorliegen, danach redigiert, als PDF veröffentlicht und den PB als Drucksache beigelegt.

11. Januar 2017

Protokoll der Mitgliederversammlung „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – soziale Befreiung (ArGe)“ am 5.1.2017 in Erfurt

Protokoll

2. Finanzen

An der Mitgliederversammlung nahmen 21 Genossinnen und Genossen teil. Die Mitgliederversammlung fand bereits am ersten Tag der Winterschule statt, so dass Ergebnisse der Tagung noch nicht einfließen konnten.

Das Budget der ArGe betrug 2016 1900 €. Trotz Ausgaben von ca. 5500 € wurden von diesem Budget nur etwa 1700 € benötigt, da aus dem Kreis der ArGe-Mitglieder ca. 3700 € Spenden mobilisiert werden konnten.

Tagesordnung:

3. Projekt Wegemarken / Kalenderblatt

1. Situation der ArGe
2. Finanzen
3. Projekt Wegemarken / Kalenderblatt
4. Arbeit am Thema: Bekenntnis
5. Sommerschule 2017

Rolf Gehring gibt einen kurzen Input über den aktuellen Stand dieses Projektes. Die Resonanz ist aus vielen europäischen Ländern sehr positiv. Eine detaillierte Vorstellung – insbesondere der Internet-Veröffentlichung und der Möglichkeiten zur Mitarbeit – erfolgt dann im weiteren Verlauf der Winterschule.

4. Arbeit am Thema: Bekenntnis

Protokoll: Brigitte Wolf

Karl-Helmut Lechner referiert zum Stand seiner Arbeit zum Thema „Bekenntnis – Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der rechtlich geordneten Demokratie“. Die schriftliche Fassung soll im Rundbrief veröffentlicht werden. Im Anschluss erfolgte eine ausführliche Diskussion, auch um die Frage, in welchem Rahmen diese Arbeiten weiter verfolgt und produktiv genutzt werden können.

1. Situation der ArGe

Wolfgang Freye berichtete über die Tätigkeiten der ArGe im Jahr 2016. Regelmäßige Projekte sind die Sommer- und Winterschule, inklusive der zugehörigen Berichterstattung in Form eines Rundbriefes. Dazu kommt die Teilnahme an Parteitagen der LINKEN, 2016 nahm Wolfgang daran teil und berichtete darüber. Problematisch sieht er aktuell den Kampf um die Positionierung der LINKEN zum Thema ‚Europa‘ und ‚Euro‘, diese Themen sind im Vorfeld der Bundestagswahlen umstritten.

5. Sommerschule 2017

Die ArGe hatte Ende 2015 139 Mitglieder, mit Stand 31.12.2016 muss die Mitgliederliste aktualisiert und bis Ende März 2017 beim Parteivorstand eingereicht werden. Der Status als Arbeitsgemeinschaft wird regelmäßig überprüft.

Termin steht bereits fest: 10. bis 12. August 2017; Hanne Reiner weist darauf hin, dass angesichts des „Luther-Jahres“ in Erfurt Engpässe bei der Unterbringung möglich sind. Deshalb muss der Meldeschluss für die Sommerschule ggf. vorgezogen und vor allem Ernst genommen werden.

Für die Richtigkeit: *Brigitte Wolf*

•••••
• **Themenfindung für die Sommerschule** hat begonnen. Stichworte: **Internationales:** Internationale Organisationen – Legitimation und Handlungsräume – Anregungen an: Christoph.Cornides@t-online.de **Wirtschaft:** Regionale Planung – Internationale Verflechtung – Bürgerbeteiligung (5 Punkte von Willke): Anregungen an: fochlermuechen@gmail.com, ruediger@loetzer.com
• **Philosophie:** Kultus ist Ländersache! Religionsverfassung und Gewaltenteilung. Anregungen an Karl-Helmut.Lechner@wt.net, eva.detscher@web.de
•••••